

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensezer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Dritter (ordentlicher) Bundestag.

Bundesvorstand und Beirat berufen nach § 7 (Ziffer 3c) den dritten Bundestag zum 29. September bis 4. Oktober 1930 nach Frankfurt am Main ein.

Tagesordnung:

- Konstituierung des Bundestages, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
Wahl der Kommissionen:
a) Mandatsprüfungskommission;
b) Beschwerdekommision.
- Berichte des Bundesvorstandes, des Bundesauschusses und der Schriftleitung des „Grundstein“.
Der Bericht des Bundesvorstandes wird umfassen:
a) Allgemeines. Wirtschaftsfragen, insbesondere Bauwirtschaftliches; Tarif- und Lohnbewegungen (Reichstarifverträge); Befähigung und Erfolg, sowie Entwicklung und Stand des Bundes; Finanzen des Bundes — Beiträge und Unterstützungen; Sozialpolitisches, insbesondere Arbeitslosenversicherung; Bauhüttenbewegung; Bauarbeiterbeschäftigung; Gewerkschaftskongress 1928; Industrieverbandsfragen; Gegenseitige Organisationen; Jugendbewegung; Bildungsarbeit; Internationales.
b) Kasernenverwaltung.
- Ausprache über die Berichte.
- Bericht der Mandatsprüfungskommission und der Beschwerdekommision.
- Der Bauarbeiter im Arbeitsrecht. — Bauarbeiterbeschäftigung.
- Bericht vom Internationalen Gewerkschaftskongress 1930 und über die Arbeiten der Bauarbeiter-Internationale.
- Beratung der Bundessatzung und der hierzu gestellten Anträge.
- Wahl der Abgeordneten zum Gewerkschaftskongress 1931.
- Wahl des Bundesvorstandes, des Bundesauschusses, der Bundesrevisoren, der Reichsfachgruppenobmänner und der Schriftleitung des „Grundstein“.
- Schlusswort.

Anträge zu den Verbandstagen und zum Bundestag sind beim Bundesvorstand bis zum 21. Juli, die Anträge zum Jugendverbandstag bis zum 17. Juli 1930 einzureichen.

Fachgruppen-Verbandstage.

Maurer, Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter, Tiefbauarbeiter und Straßenbauarbeiter, 27. September, Frankfurt a. M.
Asphaltierer, 31. August, Schulheim Werlsee.
Bau-Werkmeister, 7. und 8. September, Bremen.
Feuerungsmaurer, 13. und 14. September, Schulheim Werlsee.
Glasler, 30. und 31. August, Darmstadt.
Jugendtag, 2. und 3. August, Schulheim Werlsee.
Isolierer und Steinholzleger, 7. und 8. September, Köln.
Stukkateure, Puzer, 14. und 15. September, Stuttgart.
Töpfer, Fliesenleger, 1. und 2. September, Dresden.

Bezirkstage.

Königsberg, 3. August, Königsberg.
Stettin, 30. und 31. August, Stettin.
Breslau, 9. und 10. August, Breslau.
Berlin, 9. und 10. August, Berlin.
Magdeburg, 9. und 10. August, Magdeburg.
Erfurt, 30. und 31. August, Erfurt.
Frankfurt, 16. und 17. August, Frankfurt.
Köln, 24. August, Köln.
Dortmund, 17. August, Dortmund.
Hannover, 24. August, Hannover.
Bremen, 30. und 31. August, Bremen.
Hamburg, 16. und 17. August, Hamburg.
Rostock, 24. August, Rostock.
Dresden, 31. August, Riesa.
Nürnberg, 16. und 17. August, Nürnberg.
München, 9. und 10. August, München.
Stuttgart, 16. und 17. August, Stuttgart.
Karlsruhe, 23. und 24. August, Karlsruhe.

Die Tagesordnung der Verbands- und Bezirkstage wird umfassen: Geschäftsbericht, Lohn- und Tarifbewegung, Beratung der Anträge zum Bundestag, Wahlen.

Wahlordnung

zur Wahl der Abgeordneten zu den Berufsverbandstagen und zum 3. Bundestag.

- Die Abgeordneten zu den Berufsverbandstagen werden bezirksweise und nach Berufsgruppen gewählt. Das gleiche gilt für die unmittelbar zum Bundestag zu wählenden Abgeordneten der Maurer-, Bauhilfs-, Betonarbeiter- und Erdarbeitergruppen. Für Berufsgruppen, die in einem Bezirksverband allein keinen Wahlkreis bilden können, werden zwei oder mehrere Bezirksverbände zu einem Wahlkreis vereinigt.
- Die Mitgliedschaft jeder Gruppe eines jeden Wahlkreises bildet eine einheitliche Wahlkörperschaft. Die Abgeordneten jeder Gruppe werden in einem Wahlgange gewählt. Wer die einfache Stimmenmehrheit auf sich vereinigt, gilt als Abgeordneter; Bewerber mit zweit- und dritthöchster Stimmenzahl gelten als erste und zweite Stellvertreter.
- Die Aufstellung der Bewerber hat in Gruppen-Mitgliederversammlungen zu geschehen, wenn nicht im Einvernehmen mit dem Bezirksvorsitzenden Vertreterversammlungen damit beauftragt werden oder die Ortsfassung andere Bestimmungen enthält, nach denen in solchen Fällen zu verfahren ist. Die Namen der Bewerber und die auf jeden entfallende Stimmenzahl hat der Vorstand der Bau-gewerkschaft dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes spätestens bis 15. Juli mitzuteilen. Später gemeldete Bewerber werden bei der Aufstellung der Wahlliste (Stimmzettel) nicht berücksichtigt.
- Der Vorsitzende des Bezirksverbandes ist für seinen Bezirk Wahlvorsteher; er hat die Aufstellung der Bewerber vorzubereiten (wo notwendig, mit den Vorstehern der Nachbarbezirke), alle zur Wahl notwendigen Maßnahmen anzuordnen und ihre Durchführung zu überwachen.
- Der Vorsitzende des Bezirksverbandes hat für Wahlkreise mit je einem Abgeordneten jeder Gruppe die Namen von 3 Bewerbern und für Wahlkreise mit mehreren Abgeordneten die Namen so vieler Bewerber festzustellen, als die doppelte Zahl der zu wählenden Abgeordneten ausmacht. Die Feststellung geschieht in der Reihenfolge nach der Zahl der bei der Aufstellung abgegebenen Stimmen. Danach hat der Bezirksvorsitzende Stimmzettel anfertigen zu lassen und an die Baugewerkschaften zur weiteren Verteilung in gehöriger Zahl abzugeben.
- Die Baugewerkschaften haben die Einrichtung so zu treffen, daß alle Mitglieder, die nicht aus persönlichen Gründen verhindert sind, Gelegenheit haben, ihr Wahlrecht ausüben zu können. Große Baugewerkschaften müssen demnach mehrere Wahllokale einrichten und in jedem Wahllokal so viele Wahlstellen und Wahlausschüsse bereifstellen, als Gruppen vorhanden sind.
- Als Stimmzettel gilt nur die vom Vorsitzenden des Bezirksverbandes herausgegebene gedruckte Liste, auf der jeder Wähler die ihm nicht genehmen Bewerber zu streichen hat. Neue Namen dürfen nicht hinzugefügt werden. Solche Zusätze gelten als nicht gemacht. Jeder Wähler darf nur einen Stimmzettel abgeben. Stimmzettel sind im Wahllokal in genügender Zahl vorrätig zu halten und an die Wähler abzugeben.
- Die Wähler haben sich im Wahllokal vor Abgabe der Stimmzettel durch Mitgliedsbuch auszuweisen. In dem Buche ist ein Vermerk über die Ausübung der Wahl zu machen.
- Nach Beendigung der Wahl hat der Wahlausschuss festzustellen, wieviel Stimmzettel abgegeben sind. Mit dem Feststellungsvermerk sind die Zettel gut zu verpacken und umgehend dem Vorstand der Baugewerkschaft zuzustellen.
- Der Vorstand der Baugewerkschaft hat die Stimmzettel, ebenfalls mit Angabe ihrer Zahl, spätestens am dritten Tage nach der Wahl sicher an den Vorsitzenden des Bezirksverbandes weiterzubefördern.
- Aus den Stimmzetteln stellt der Vorsitzende des Bezirksverbandes fest, wer als Abgeordneter gewählt ist und wer an zweiter und dritter Stelle die meisten Stimmen erhalten hat. Diese werden im Behinderungsfalle der Abgeordneten als Ersatzmänner zum Verbandstage berufen.
- Die Namen der Abgeordneten und Ersatzmänner werden vom Bundesvorstand im „Grundstein“ veröffentlicht.
- Die Abgeordneten werden am Sonntag, dem 27. Juli, in der Zeit von morgens 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr gewählt. — Die Abgeordneten zum Jugendverbandstag werden am 20. Juli gewählt.

Die Baugewerkschaften haben sofort zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen. Alle die Wahl betreffenden Anfragen sind an die zuständigen Bezirksleiter als Wahlvorsteher zu richten.

Die Baugewerkschaften haben sofort zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen. Alle die Wahl betreffenden Anfragen sind an die zuständigen Bezirksleiter als Wahlvorsteher zu richten.

Die Baugewerkschaften haben sofort zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen. Alle die Wahl betreffenden Anfragen sind an die zuständigen Bezirksleiter als Wahlvorsteher zu richten.

Die Baugewerkschaften haben sofort zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen. Alle die Wahl betreffenden Anfragen sind an die zuständigen Bezirksleiter als Wahlvorsteher zu richten.

Die Baugewerkschaften haben sofort zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen. Alle die Wahl betreffenden Anfragen sind an die zuständigen Bezirksleiter als Wahlvorsteher zu richten.

Die Baugewerkschaften haben sofort zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen. Alle die Wahl betreffenden Anfragen sind an die zuständigen Bezirksleiter als Wahlvorsteher zu richten.

Die Baugewerkschaften haben sofort zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen. Alle die Wahl betreffenden Anfragen sind an die zuständigen Bezirksleiter als Wahlvorsteher zu richten.

Wahl der Abgeordneten zu den Verbandstagen und zum Bundestag 1930.

Gruppen und Zahl der Abgeordneten.

Gruppen	Abgeord. zu den Verbandstagen	Abgeord. zum Bundestag
Maurer im Hoch- u. Tiefbau, Werk-maurer	103	103
Bauhilfsarbeiter, Gerüstbauer, Ab-brucharbeiter, Rohrer, Staker	75	75
Betonarbeiter, Kunststein- und Ter-razzoarbeiter	20	20
Erd- und Straßenarbeiter, Brunnen-bauer, Pfahlrammer	24	24
Feuerungs- und Schornsteinmaurer und Helfer	10	5
Bau-Werkmeister, Baukontrolleure	21	10
Stukkateure, Gipser, Puzer, Rabitzer	40	20
Fliesenleger	12	22
Töpfer und Töpfereihilfsarbeiter	37	5
Asphaltierer	11	7
Isolierer und deren Helfer	13	9
Steinholzleger und deren Helfer	6	10
Glasler	18	9
Lehrlinge, jugendliche Hilfsarbeiter	42	10
Zusammen	810	310

Verteilung der Abgeordneten der Fachgruppen auf die Bezirksverbände.

Maurer im Hoch- und Tiefbau, Werkmaurer.	
Königsberg	4
Stettin	4
Breslau	9
Berlin	11
Magdeburg	8
Erfurt	6
Frankfurt	8
Köln	3
Dortmund	4
Insgesamt	103

Bauhilfsarbeiter, Gerüstbauer, Abbrucharbeiter.	
Königsberg	4
Stettin	2
Breslau	7
Berlin	8
Magdeburg	3
Erfurt	3
Frankfurt	5
Köln	4
Dortmund	3
Insgesamt	75

Betonarbeiter, Kunststeinarbeiter.	
Königsberg	1
Stettin	1
Breslau	1
Berlin	1
Magdeburg	1
Erfurt	1
Frankfurt	1
Köln	1
Dortmund	1
Insgesamt	9

Die Bezirksverbände Königsberg, Köln und Hamburg wählen noch hinzu je einen Kunststeinarbeiter.

Insgesamt 20 Abgeordnete.

davon: 17 Zementfacharbeiter oder Zementarbeiter und 3 Kunststeinarbeiter.

Erd- und Straßenarbeiter, Brunnenbauer.	
Königsberg	2
Stettin	1
Breslau	2
Berlin	2
Magdeburg	1
Erfurt	1
Frankfurt	2
Köln	1
Dortmund	1
Insgesamt	14

Die Bezirksverbände Berlin und Hamburg wählen von den 2 Abgeordneten je einen Brunnenbauer.

Außerdem wählt Hamburg noch hinzu einen Pfahlrammer.

Insgesamt 24 Abgeordnete.

davon 21 Erd- oder Straßenarbeiter, 2 Brunnenbauer, 1 Pfahlrammer.

Feuerungs- und Schornsteinmaurer.

Königsberg	Dortmund	1
Stettin	Hannover	1
Rostock	Bremen	1
Breslau	Hamburg	1
Berlin	Dresden	1
Magdeburg	Nürnberg	1
Erfurt	München	1
Frankfurt	Stuttgart	1
Köln	Karlsruhe	1

Insgesamt 10 Abgeordnete.

Bau-Werkmeister.

Königsberg	Dortmund	1
Stettin	Hannover	1
Rostock	Bremen	1
Breslau	Hamburg	3
Berlin	Dresden	3
Magdeburg	Nürnberg	1
Erfurt	München	1
Frankfurt	Stuttgart	1
Köln	Karlsruhe	1

Die Bezirksverbände Breslau und Dresden wählen je 1 Schachmeister.

Insgesamt 21 Abgeordnete.

Stukkateure und Pußer.

Königsberg	Hannover	1
Stettin	Bremen	1
Breslau	Hamburg	2
Berlin	Rostock	9
Magdeburg	Dresden	1
Erfurt	Nürnberg	3
Frankfurt	München	1
Köln	Stuttgart	4
Dortmund	Karlsruhe	4

Der Bezirksverband Berlin wählt von den 9 Abgeordneten 4 Pußer und 2 Träger; außerdem wählt auch noch der Bezirksverband Stettin 1 Pußer als Abgeordneten.

Insgesamt 40 Abgeordnete.

Töpfer.

Königsberg	Hannover	2
Stettin	Bremen	1
Rostock	Hamburg	1
Breslau	Dresden	7
Berlin	Nürnberg	7
Magdeburg	München	2
Erfurt	Stuttgart	1
Frankfurt	Karlsruhe	1
Köln		1
Dortmund		1

Die Bezirksverbände Breslau, Berlin, Magdeburg und Dresden wählen außerdem noch je 1 Töpfereihilfsarbeiter als Abgeordnete.

Insgesamt 37 Abgeordnete.

Fliesenleger.

Königsberg	Dortmund	1
Stettin	Hannover	1
Rostock	Bremen	1
Breslau	Hamburg	2
Berlin	Dresden	1
Magdeburg	Nürnberg	1
Erfurt	München	1
Frankfurt	Stuttgart	2
Köln	Karlsruhe	1

Insgesamt 12 Abgeordnete.

Glaser.

Königsberg	Hamburg	2
Stettin	Rostock	1
Breslau	Dresden	4
Berlin	Nürnberg	3
Magdeburg	München	1
Erfurt	Stuttgart	1
Frankfurt	Karlsruhe	2
Köln		1
Dortmund		1
Hannover		1
Bremen		1

Insgesamt 18 Abgeordnete.

Isolierer.

Königsberg	Hannover	1
Stettin	Bremen	1
Breslau	Hamburg	1
Berlin	Rostock	2
Magdeburg	Dresden	1
Erfurt	Nürnberg	1
Frankfurt	München	1
Köln	Stuttgart	1
Dortmund	Karlsruhe	2

Insgesamt 13 Abgeordnete.

Steinholzleger.

Breslau	Dresden	1
Magdeburg	Nürnberg	1
Erfurt	München	1
Frankfurt	Stuttgart	1
Berlin	Karlsruhe	1
Köln		1
Dortmund		1
Hannover		1
Bremen		1
Hamburg		1

Insgesamt 6 Abgeordnete.

Asphaltierer.

Königsberg	Köln	1
Berlin	Dortmund	5
Frankfurt	Hannover	1
Nürnberg	Bremen	1
München	Hamburg	1
Stuttgart	Rostock	1
Karlsruhe	Dresden	1

Insgesamt 11 Abgeordnete.

Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter.

Königsberg	Hannover	2
Stettin	Bremen	2
Breslau	Hamburg	4
Berlin	Rostock	4
Magdeburg	Dresden	3
Erfurt	Nürnberg	2
Frankfurt	München	2
Köln	Stuttgart	1
Dortmund	Karlsruhe	1

Die Bezirksverbände Frankfurt, Dortmund und Karlsruhe wählen außerdem noch je einen jugendlichen Hilfsarbeiter.

Insgesamt 42 Abgeordnete.

Anträge des Bundesvorstandes und Bundesbeirates zum dritten Bundestag.

§ 2 Ziffer 2. In Absatz a ist hinter dem Satz: „Pflege der Berufsstatistik, Aufklärung aller baugewerblichen Arbeiter durch Wort“ einzufügen: „Schrift und sonstige Hilfsmittel“.

§ 4 Ziffer 10. Im ersten Satz wird hinter dem Wort: „Baugewerkschaft“ eingefügt: „oder der einzelnen Fachgruppen“. — Der zweite Halbsatz des ersten Satzes und der zweite Satz werden gestrichen.

§ 4 Ziffer 12. Der Ziffer werden folgende Zusätze angefügt: „Mit der Amtsenthebung erlischt jedes Verfügungsrecht und jede Vollmacht über die Verwaltung und Verwendung von Eigentum und Vermögen der Baugewerkschaft wie auch des Gesamtbundes. Sind infolge des Ausschlusses oder der Enthebung vom Amte nicht genügend geeignete, besoldete oder unbesoldete Vertrauenspersonen der Baugewerkschaft vorhanden, so kann der Bundesvorstand im Benehmen mit dem Bezirksvorstand ein oder mehrere Bundesmitglieder mit der kommissarischen Leitung der Baugewerkschaft beauftragen. Die Dauer dieser kommissarischen Beirerung soll nach Möglichkeit 3 Monate nicht übersteigen. Nach Ablauf dieser Frist muß der Baugewerkschaft Gelegenheit gegeben werden, gemäß den Bestimmungen der Bundesstatuten die notwendigen Wahlen vorzunehmen.“

§ 9 Ziffer 1. Der Bundestag möge beschließen: „Der Sitz des Bundesausschusses für die nächste Amtsperiode ist Hamburg.“

§ 15 Ziffer 1. Der Ziffer 1 wird angefügt: „Vorausgezählte Beiträge werden nicht angerechnet.“

§ 23 Ziffer 6. Die Ziffer erhält folgende Fassung: „Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, die Jugendbeiträge zahlen, werden nach dem § 25, Ziffer 7, § 27, Ziffer 11 und § 29, Ziffer 7 unterstellt. Wer ordentliche Beiträge nach § 20, Ziffer 4 zahlt und noch keine 78 Beiträge geleistet hat, wird erst nach Zahlung der fehlenden Beiträge unterstützungsberechtigt nach den niedrigsten Sätzen dieser Stufe. (Bis dahin besteht die Unterstützungsberechtigung nach dem § 25, Ziffer 7, § 27, Ziffer 11 und § 29, Ziffer 7.) Die weitere Steigerung der Unterstützungssätze geht nach der allgemeinen Regel, wobei die Jugendbeiträge voll angerechnet werden.“

§ 23 Ziffer 9, 2. Absatz (neu): „Mitglieder, die zu einer anderen vom Bund anerkannten gewerkschaftlichen Organisation übergetreten, die Erwerbslosenunterstützung nicht gewährt, aber infolge eines Arbeitswechsels wieder in den Deutschen Baugewerksbund zurückkehren, treten in sämtliche vor dem Uebertritt erworbenen Rechte wieder ein.“

§ 25 Ziffer 7, Absatz 2. Im zweiten Satz sind die Worte: „der Jugendabteilung“ zu streichen und dafür zu setzen: „... die Jugendbeiträge zahlen ...“

§ 27 Ziffer 1. Der Ziffer ist anzufügen: „Beiträge, die während der Erwerbslosigkeit gezahlt werden, zählen bei der Berechnung eines Unterstützungsbezuges nicht mit.“

§ 27 Ziffer 1, Absatz 2 (neu): „Mitglieder, die einen selbständigen Beruf ausüben (z. B. Gewerbetreibende oder Händler) können nur im Krankheitsfalle Erwerbslosenunterstützung beziehen.“

§ 27 Ziffer 3. Der Ziffer 3 wird angefügt: „Diese Bestimmung gilt nicht für Mitglieder, die Jugendbeiträge zahlen.“

§ 27 Ziffer 5, Absatz 2. Es ist anzufügen: „Jede ausgezahlte Erwerbslosenunterstützung ist in das Mitgliedsbuch einzutragen und der Empfang zu bescheinigen.“

§ 27 Ziffer 9. Die Ziffer 9 soll lauten: „Mitglieder, die von der Baugewerkschule oder aus nichtunterstützungsberechtigter Haft entlassen werden, können nach Ablauf von 4 Wochen nach Beendigung des Schulbesuches oder nach der Haftentlassung Erwerbslosenunterstützung beziehen, vorausgesetzt, daß sie die Anwartschaft nach Ziffer 1 erfüllt und unter Anrechnung schon bezogener Erwerbslosenunterstützung noch Anspruch auf Unterstützung haben.“

§ 27 Ziffer 11. Der Anfang des ersten Satzes soll lauten: „Mitglieder, die Jugendbeiträge zahlen, erhalten für die Dauer von 8 Wochen...“ Dem letzten Wort „Unterstützung“ ist anzufügen: „nach den Ziffern 2, 3 und 4, wenn mindestens 78 Beiträge (Jugendbeiträge und ordentliche Beiträge zusammengezählt) geleistet sind.“

§ 27 Ziffer 11. Der Ziffer ist anzufügen: „...“ wenn mindestens 78 Beiträge (Jugendbeiträge und ordentliche Beiträge zusammengezählt) geleistet sind.“

§ 27 Ziffer 14 (Wanderunterstützung). Nach dem zweiten Satz ist einzufügen: „Mitglieder, die im Besitze einer Reisekarte sind, können die jahungsmäßige Erwerbslosenunterstützung (48 Tage) innerhalb der 112 Tage Wanderunterstützung und innerhalb des Unterstützungslaufes von 72 Wochen jederzeit beziehen. Hat jedoch ein Mitglied, das Anspruch auf eine Reisekarte hat, an einem oder in mehreren Orten 48 oder weniger Tage Erwerbslosenunterstützung innerhalb eines Unterstützungslaufes von 72 Wochen bezogen, jedoch noch nicht wieder 52 neue Beiträge geleistet, und erhebt es trotzdem Anspruch auf Wanderunterstützung (Ausstellung einer Reisekarte), so wird ihm diese gewährt unter der Bedingung, daß die im zuletzt beendeten Unterstützungslauf erhobene Erwerbslosenunterstützung auf die Wanderunterstützung innerhalb des darauf folgenden Unterstützungslaufes angerechnet wird.“

§ 27 Ziffer 14 (Wanderunterstützung). Nach dem Satze: „Die Wanderunterstützung wird auch für Sonntage gezahlt“ ist einzufügen: „Jede ausgezahlte Wanderunterstützung ist jedesmal sowohl in die Reisekarte als auch in das Mitgliedsbuch einzutragen und der Empfang zu bescheinigen.“

§ 29 Ziffer 6. Der Ziffer 6 soll angefügt werden: „Für Mitglieder, die nach 1911, aber vor dem 1. Januar 1925 dauernd erwerbsunfähig geworden sind, wird die Höhe der Unterstützung nach dem Betrag berechnet, der sich ergibt aus der Hälfte des Jahresdurchschnittsstundenlohnes der Berufsgruppe des Mitgliedes und des Lohngebietes, in dem das Mitglied wohnte, als der Sterbefall eintrat. Mindestens soll jedoch die niedrigste Stufe der Unterstützungssätze, je nach Mitgliedschaftsdauer gezahlt werden.“

§ 30 Ziffer 7. Der letzte Satz ist zu streichen und an seine Stelle zu setzen: „Zur Ueberwachung der Buch- und Kassenführung wird aus den Bezirksverbänden Berlin, Hamburg und Dresden ein Revisionsausschuß, bestehend aus 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern, vom Bundestag gewählt. Der Revisionsausschuß hat nach jeder Prüfung der Bundeshauptkasse dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuß über seine Feststellungen schriftlich zu berichten.“

§ 30 Ziffer 9. Der zweite Satz soll lauten: „Der Bundesvorstand ist berechtigt, jederzeit das Vermögen der Baugewerkschaften auf sich übertragen zu lassen und es in Notfällen wie das allgemeine Bundesvermögen zu verwenden.“

§ 30 Ziffer 10. Hinter dem zweiten Satz ist einzufügen: „Die Treuhandgesellschaft ist berechtigt, im eigenen Namen Rechte jeder Art, die dem Deutschen Baugewerksbund, den Bezirksverbänden und den Baugewerkschaften des Deutschen Baugewerksbundes zustehen, gerichtlich geltend zu machen.“

Tagung des Bundesvorstandes und Bundesbeirates.

Am 12. Juni trafen Vorstand und Beirat unseres Bundes im Gewerkschaftshaus zu München zusammen, um über Wirtschaftspragen und Bundesangelegenheiten zu beraten und den dritten Bundestag vorzubereiten. Sämtliche Bezirke waren vertreten, auch der Bundesvorstand war vollzählig anwesend. Kollege Bernhard hieß die Erschienenen herzlich willkommen; er erinnerte dabei an die scharf zugespitzte wirtschaftliche Lage in Deutschland, wo sich zurzeit Arbeiterschaft und Unternehmertum mit scharf abgegrenzten Meinungsverschiedenheiten gegenüberstehen. Zum Stand des Bundes übergehend berichtigte der Redner über die traurige Lage auf dem Baumarkt, die in der neueren Wirtschaftsgeschichte kein Seitenstück findet. Seit Monaten waren über die Hälfte unserer Mitglieder arbeitslos; später hat sich die Verhältniszahl etwas gesenkt, am 2. Juni waren 42,5 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos. Charakteristisch ist, daß die Arbeitslosigkeit am genannten Tage größer war als die Woche vorher, am 26. Mai. Die deutsche Wirtschaft krankt, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe als Schlüsselgewerbe ist dafür typisch. Die Reparationsverpflichtungen drücken schwer auf Deutschland. Die gewalttätige Abstopfung des Baumarktes durch die bekannten verhängnisvollen Maßnahmen hat sich unheimlich ausgewirkt. Wir haben von vornherein davor eindringlich gewarnt. Heute kommt auch anderen Stellen die bessere Erkenntnis. Die Umfragen des Bundesvorstandes über Bauplanungen und

Abstopfungen in den Gemeinden sind leider von den Baugewerkschaften in völlig unzulänglicher Weise beantwortet worden. Wegen dieser Nachlässigkeit wird mit unseren Angestellten im Lande noch ein ernstes Wort gesprochen werden müssen. Vom Bundesvorstand ist fortgesetzt alles getan worden, um die Bautätigkeit anzukurbeln; im „Grundstein“ ist darüber regelmäßig berichtet worden. Zumeist trafen wir bei unseren Bemühungen auf taube Ohren und leere Taschen. Jetzt scheint man endlich einig zu sein, ein Bauprogramm auf mehrere Jahre schaffen zu wollen. Leider wird die Finanzierung Schwierigkeiten machen. Die Banken stehen zum größten Teil den Bedürfnissen des Tages verständnislos gegenüber. Der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ wird in keiner Weise beachtet. — Das Problem der Bauparkassen ist vom Vorstand des AOB. verworfen worden. Der hierfür niedergelegten Begründung können wir uns nur anschließen. — Unsere Mitgliederbewegung stagniert angesichts der starken Arbeitslosigkeit, es ist sogar ein kleiner Mitgliederrückgang wahrzunehmen; die Mitgliederzahl ist seit Jahreschluß um 1,7 % zurückgegangen. Das ist angesichts der trostlosen Zustände nicht viel und spricht sehr zugunsten der Organisationsfähigkeit unserer Mitglieder. — Die Finanzen unseres Bundes leiden ebenfalls schwer unter der Bankruhe. An die Hauptkasse werden hohe Anforderungen gestellt, noch im Mai mußten Zuschüsse hinausgegeben werden. Trotzdem ist der Stand der Hauptkasse immer noch befriedigend. —

Unsere diesjährige Lohnbewegung hat damit geendet, daß die alten Löhne aufrechterhalten blieben. Weitere Lohnzulagen waren nicht durchzusetzen, die Baukrise war stärker als unser guter Wille. Es ist dies auch kein Wunder, da in anderen Gewerben der Lohnaufbau stagniert. Nachdem der Redner die sonstigen bereits bekannten Lohnbewegungen der verschiedenen Untergruppen des Bundes kurz gestreift, ging er zum brennenden Problem der Arbeitslosenversicherung über. Der Stand der Vorverhandlungen über dieses Problem ist sehr wenig verheißungsvoll; es wird noch größter Bemühungen bedürfen, um Schlimmstes abzuwenden. Ein kleiner Lichtblick ist, daß die Bestimmung für Pendelarbeiter fortfallen soll und auch die Bauarbeiter der Krisenfürsorge teilhaftig werden sollen; alles sonst Beabsichtigte aber würde unheilvolle Wirkungen vor allem für die Bauarbeiter nach sich ziehen. Leider stehen der geeinten Phalanx der besitzbürgerlichen Kreise und Presse auch einige Auch-Sozialisten zur Seite, Leute, denen man abstreifen muß, jemals wirkliches proletarisches Empfinden gehabt zu haben. Mit diesen Leuten wird noch ein besonderes Wörtchen geredet werden müssen. — Unser Kampf gegen das Unwesen der Gründungen von Innungskrankenkassen ist bekannt; er wird weitergeführt, da die sozialen Belange unserer Mitglieder durch solche unsinnigen Gründungen auf das empfindlichste geschädigt werden. — Das Sekretariat in Straßburg ist errichtet; wilde Arbeitsvermittlungen dürfen unter keinen Umständen geduldet werden. — Unsere sozialen Bauhütten halten sich trotz der Krise wacker. Bezirks-Jugendtreffen zur Belebung der Werbearbeit sind vorbereitet. Die christliche Bauarbeiterorganisation ist jetzt bemüht, mit Hilfe eifriger geistlicher Agitatoren in Gebiete einzubrechen, wo sie bisher nichts getan hatte und auch nicht gebraucht wurde. Der Erfolg wäre jetzt wie immer schon eine Zerspaltung der gewerkschaftlichen Kraft der Bauarbeiter. Auch die Nationalsozialisten und Stahlhelmer versuchen, gewerkschaftliche Gebilde aufzuziehen, auch auf diese Bemühungen müssen wir unser Augenmerk richten. In Steuerfragen hat der Bundesvorstand in einer Anzahl Bezirke die Heraushebung der Pauschbeträge mit Erfolg durchgeführt, diese Tätigkeit wird fortgesetzt werden. — Unsere Ausstellung im Bundeshaus wird demnächst eröffnet. Beiträge hierzu aus dem Lande (Baustoffe, alte Junftladen usw.) sind erwünscht. — An der Konferenz der Bauarbeiterinternationale in Stockholm werden neben Bernhard und Kober die Vorstandsmitglieder Tönnies, Werner, Lother und Thielberg teilnehmen; Kollege Piffnerich wird als Uebersetzer mitgehen. Zum Schluß berichtete der Redner über einige Neuberufungen in die Bundesverwaltung.

Kollege Rosenzweig berichtete ergänzend im einzelnen über den Verlauf der Verhandlungen in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Das Resultat dieser Verhandlungen, verdichtet zu Anträgen an Reichsregierung und Reichstag, ist bekannt. Die Verhandlungen waren sehr erschwert durch Anträge von Vertretern der anderen Gewerkschaftsrichtungen. Erschwerend wirkten auch die im „Grundstein“ bereits angelegten Auslassungen Bannmanns im „Wirtschaftsdienst“. Die Vertreter der freien Gewerkschaften sind dann schließlich übereinstimmend worden, ausschließlich gegen ihre Stimmen sind die bekannten Verschlechterungsanträge angenommen worden. Dies müsse immer wieder betont werden jenen Leuten gegenüber, deren Beruf es ist, die freien Gewerkschaften zu verleumden und zu verlästern. — Kollege Thielberg erläuterte Fragen der Statistik; Kollege Tönnies berichtete über die Schulungskurse im Heim am Wersee. Im allgemeinen war der Verlauf befriedigend, jedoch sollten künftig nicht mehr geschlossene Landmannschaften berufen, sondern die Besucher jedes Einzelkurses mehreren Landesstellen entnommen werden. Der Sonderkursus für Jugendleiter hatte den besten Erfolg; solche Kurse sollten wiederholt werden. Auch die Kurse in Bernau werden von uns belegt werden. Die Familienentschädigung für die Schüler der Wirtschaftsschulen und der Akademie der Arbeit erscheint ungenügend und sollte vom AOB. erhöht werden. — Kollege Scheibel machte Mitteilungen über Tarifvertragsfragen und Allgemeinverbindlicherklärungen bezirklicher Lohnvereinbarungen. — Kollege Dtko berichtete über den bisher negativen Verlauf der Tarifverhandlungen für den Straßenbau (Asphaltarbeiten). An dem jedenfalls zu verlängernden alten Vertrag im Steinseilergewerbe, in den unsere Erdarbeiter einbezogen sind, wird sich auch unsere Bundesleitung beteiligen. Im übrigen berichtete der Redner über Tarifverhandlungen für das Asphaltgewerbe in einzelnen Bezirken. — Kollege Hopfen sprach zu dem Verlauf der letzten Tarif- und Lohnbewegung im Stuckgewerbe. Einige Unstimmigkeiten bestehen noch in Ostpreußen und Oberschlesien. Im Isoliergewerbe ist der Vertrag in

einigen Punkten verbessert worden, unter anderem wurde der Urlaub verbessert; der Lohn ist der gleiche geblieben.

In der Aussprache wurde gewünscht, die Resultate der statistischen Erhebungen den Bezirksleitern schneller als bisher zugänglich zu machen. Zur Vermittlung deutscher Arbeiter in nennenswerter Anzahl zur Arbeit in Frankreich wurde wenig Hoffnung geäußert; es kommt hinzu, daß Hakenkreuzler und Kommunisten in jeder Weise den Arbeitern das Arbeiten in Frankreich zu vereiteln suchen. Starker Unwille wurde darüber geäußert, daß der Bau des Frankfurter Gewerkschaftshauses einer Privatfirma übertragen worden ist; das sei ein grober Verstoß gegen den proletarischen Genossenschaftsgedanken. Wir kommen darauf noch besonders zurück. — Die christliche Werbearbeit werde allerdings mit großem Auf-

An die werktätige Bevölkerung im Freistaat Sachsen.

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder!

Wiederum steht Sachsen vor Landtagswahlen. Wiederum ringt die sächsische Arbeiterschaft um politische Macht, um Einfluß auf Staat und Verwaltung. Mehr als je zuvor steht aber die diesjährige Wahl im Zeichen wirtschaftlicher und sozialer Kämpfe. Sachsen, einst ein blühendes Land der Arbeit, ist zum Land der Arbeitslosigkeit geworden. Die Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter schreit zum Himmel! Erstes Gebot der Stunde muß daher sein:

Kampf gegen Arbeitslosigkeit u. Arbeitslosennot!

Was aber hat die bürgerliche Regierung getan? Unter dem Einfluß industrieller Scharfmacher ist sie im Reichsrat wiederholt für Abbau der Arbeitslosenversicherung eingetreten — trotz der unerträglichen Arbeitslosigkeit — trotz der Nöte der Gemeinden! Die sozialen Aufgaben des Staates wurden abgebaut; die Mittel zur Linderung der ungeheuren Not der arbeitenden Bevölkerung rücksichtslos gedrosselt! Millionenbeträge hat die bürgerliche Regierung gerade dort „eingespart“, wo *Leben und Gesundheit des Volkes auf dem Spiele stehen*. Der Wille der Industrieherrn galt ihr stets mehr als die Sache des Volkes — Jetzt steht die Arbeiterschaft wieder in schwerstem Kampfe um Erhaltung von Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung und Arbeitslohn. Auf der ganzen Linie setzt der Angriff der Unternehmer ein. Sie glauben, die Arbeiterschaft liege durch Not und Elend geschwächt am Boden — sie zu überrennen sei ein Leichtes.

Der Schrei der Massen nach Arbeit und Brot

Abbau der Löhne! Verlängerung der Arbeitszeit!

Arbeiter! Gewerkschafter! Hört diesen Kampf! Hört unsere Mahnung! Die Kapitalisten haben als Besitzer der Fabriken und Maschinen eine große wirtschaftliche Macht. Wollt ihr, daß diese Macht noch gesteigert wird durch unbeschränkte politische Herrschaft? Wollt ihr, daß in den bevorstehenden Entscheidungskämpfen Kapital und Staatsgewalt vereint gegen euch stehen? Nein, ihr könnt es nicht wollen! Eure ureigensten Lebensinteressen erfordern Einsatz aller Kräfte gegen die Bildung einer neuen Bürgerblockmehrheit! Wenn euch ausreichender Lohn und erträgliche Arbeitsbedingungen, wenn euch das Wohl eurer Kinder, wenn euch der Aufstieg der Arbeiterklasse am Herzen liegt, dann

sorgt dafür, daß der Sächsische Landtag eine Arbeitermehrheit erhält, die Seite an Seite mit den Gewerkschaften eure politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen wahrnimmt.

Kampf gegen die Wiederkehr des Bürgerblocks heißt aber auch:

Verschärfter Kampf gegen die Seuche des Faschismus.

Verschärfter Kampf gegen jene politischen Abenteurer, die sich Nationalsozialisten nennen. Mit den banalsten Phrasen — den Arbeitern gegenüber proletarisch-sozialistisch, den Kleinbürgern gegenüber antisemitisch-nationalistisch abgetönt — versuchen sie, sich Eingang in die Arbeiterschaft zu erschleichen. Unfähig, praktische Arbeit zu leisten, zielt diese reaktionärste aller Parteien darauf ab, durch Lüge und Verleumdung die Arbeiter gegeneinander zu hetzen, ihre Kampffront zu schwächen. Macht Schluß mit den gelben Hakenkreuzlern! Legt ihnen das Handwerk! Entlarvt sie als das, was sie sind:

Söldlinge der Kapitalisten, die tückischsten Feinde der Arbeiterklasse.

Unser Ziel muß sein, in den Gewerkschaften die Kräfte des schaffenden Volkes zu sammeln, vereint mit der Sozialdemokratie der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen und dem Bürgerblock eine entscheidende Niederlage zu bereiten!

Sachsen, das Land des Arbeitervolkes muß unser sein.

Wir rufen alle Männer und Frauen des schaffenden Volkes auf, in Stadt und Land unablässig zu werben

für die Sozialdemokratische Partei. Wählt Liste 1.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Sachsen.

wand durchgeführt unter Zuhilfenahme geistlicher Agitatoren, die Erfolge ständen jedoch zum Aufwand in einem schreienden Mißverhältnis. Auf dem Heuberg in Schwaben ist die christliche Werbearbeit bereits wieder erfolglos eingeschlafen. Das Problem der Arbeitslosenversicherung wurde eingehend besprochen und jeder weiteren Verschlechterung dieses sozialen Versicherungszweiges entschiedener Widerstand angesagt. Die fortgesetzten Bemühungen des Bundesvorstandes um die Belebung der Baufähigkeit wurden lobend anerkannt. Der Unfug der Gründung von Innungskrankenkassen wurde allseitig scharf verurteilt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierungsstellen der bekannten Eingabe der Bauarbeiterverbände entsprechen. — In einem Schlußwort ging Kollege Bernhard auf die in der Aussprache ausgedrückten Meinungen näher ein. Jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung sei energisch zu bekämpfen. Auch im übrigen habe sich in allen grundsätzlichen Fragen völlige Uebereinstimmung ergeben. In der Frage der Schädlichkeit der Innungskrankenkassen herrscht ebenfalls Einmütigkeit. Die Altersstatistik des Bundes enthält wertvolles Material, sie wird in den nächsten Wochen herauskommen. — Beschlossen wurde, dem Vorstand Vollmacht zu geben, den Schülern des Bundes an den Wirtschaftsschulen und der Akademie der Arbeit im Bedarfsfälle Familienbeihilfen zu geben.

Dann berichtete Kollege Bernhard über die schon im „Grundstein“ erwähnten Verhandlungen von Wirtschaftsführern mit Vertretern der freien Gewerkschaften. Man hat dies in der den Gewerkschaften überlegenen Presse als „Verrat an der Arbeiterschaft“, als ein „Wiederaufleben der verflorenen Arbeitsgemeinschaft“ bezeichnet. Demgegenüber ist zu sagen, daß hier die berufenen Vertreter der Spitzengewerkschaften nichts weiter getan haben, als die Interessen der Arbeiter in streng gewerkschaftlichem Sinne vertreten. An ein Wiederaufleben der Arbeitsgemeinschaft denke in Gewerkschaftskreisen kein vernünftiger Mensch. Hier stehe Interessenvertretung gegen Interessenvertretung und nichts weiter! Kein Gewerkschafter wird den Standpunkt vertreten, die Löhne abzubauen, auch wenn dafür als Lockmittel eine Preisfenkung in Aussicht gestellt wird. Die Stellung der Gewerkschaften ist klar vorgezeichnet: Keine Kaufkraftsenkung, im Gegenteil - *f e i g e r u n g*! Senkung der Preise, um die allgemeine Kaufkraft zu heben zur Abmilderung der Wirtschaftskrise! Man habe verleumderisch sogar davon geredet, die Vertreter des AOB. seien als „Lakaien des Kapitalismus“ bereit, unter bestimmten Voraussetzungen für den Abbau der Löhne zu sorgen. Das ist für jeden Denkenden glatter Unsinn. Jede Gewerkschaft ist völlig selbständig in der Wahrnehmung der Lohn- und Tarifinteressen ihrer Mitglieder. Schon diese nackte Tatsache beweist das Lügenhafte jener mit bestimmter Absicht ausgestreuten Verleumdungen von gewerkschaftsfeindlicher Seite. Die Politik der freien Gewerkschaften ist gerichtet auf die soziale Besserstellung ihrer Mitglieder. Dabei bleibt es auch im Deutschen Baugewerksbunde. Alles andere wäre gleichbedeutend mit einer Selbstaufgabe der Gewerkschaften! — Vorstand und Beirat bekundeten einmütig ihr Einverständnis mit diesen Ausführungen.

Am zweiten Verhandlungstage beschäftigte sich die Konferenz mit der Abhaltung der Verbandstage, der Beratung der Tagesordnung und von Anträgen zum dritten Bundesstag. Kollege Bernhard hielt hierzu den einleitenden Vortrag. Tagungsort, Tagungslokal und Tagungszeit sind bereits beschlossen, heute handelt es sich um die Festsetzung der Tagesordnung und um die Beratung von Anträgen an den Bundesstag. Der Redner verbreitete sich ferner über die geschäftsmäßige Folge der Verhandlungen des Bundesstages. Ferner sprach er zu den Verbands- und Bezirkstagen. Es erübrigt sich, an dieser Stelle alle Einzelheiten besonders zu erwähnen; aus den umfangreichen Bekanntmachungen in dieser Nummer des „Grundstein“ ist alles Wichtige ersichtlich. Bemerkt sei, daß der Bundesbeirat gegen die Vorschläge des Vorstands in dieser Richtung nichts einzuwenden hatte.

Anschließend wurden dann Anträge zum Bundesstag beraten. Im allgemeinen wurde an der bestehenden Bundesfassung wenig geändert. Die zum Beschluß erhobenen Anträge sind gleichfalls in diesem „Grundstein“ enthalten.

Damit war die Tagesordnung der Konferenz erschöpft. Beschlossen wurde noch, dem Bundesstag vorzuschlagen, jenen Kollegen, die im Auslande einer nicht der Bauarbeiterinternationale angeschlossenen modernen Gewerkschaft angehört haben, im Deutschen Baugewerksbund beim Wiedereintritt die etwa früher und nach sorgfältiger Prüfung gegebenenfalls auch die in den ausländischen Verbänden erworbenen Rechte zu gewähren. Dann schloß der Vorsitzende nach einigen geschäftlichen Mitteilungen die arbeitsreiche Tagung mit Wünschen glücklicher Heimreise.

Gegen Hatentzuz und Stahlhelm!

Am Sonntag, 22. Juni, werden im Freistaat Sachsen die Abgeordneten zum Landtag gewählt. Der Wahl kommt in Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Lage besondere Bedeutung zu; haben doch die herrschenden Parteien in Sachsen deutlich gezeigt, wie stark politische Ziele und wirtschaftliche Interessen miteinander verflochten sind. Die Auflösung des Sächsischen Landtages war der Deutschen Volkspartei lieber, als den gerechten Ansprüchen der sächsischen Arbeiterschaft entgegenzukommen; denn es wäre möglich gewesen, mit den Sozialdemokraten eine arbeitsfähige Regierung zu bilden. Die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung aber bedeutet die Anerkennung von Forderungen der Arbeiter, die gewisse Sicherungen besonders in sozialer Hinsicht bieten würden. Aber das wollte die Deutsche Volkspartei nicht. Sie ließ es zur Landtagsauflösung kommen, um dem hemmungslosen Machtwillen der Unternehmer möglichst weitgehenden Spielraum zu sichern.

Am 22. Juni ist es in den Willen der sächsischen Arbeiterschaft gestellt, ob auch die künftige Regierung Sachsens sozialistenrein sein soll, oder ob der Kurs wieder unter dem Einfluß der sächsischen Industriellen stehen soll. Am 22. Juni entscheidet die sächsische Arbeiterschaft darüber, ob die Regierung Sachsens wie bisher für die Not der Arbeitslosen nur lediglich gelegentlich ein Wort des Bedauerns hat, oder ob die kommende Sachsenregierung den Willen und die Kraft haben soll zur helfenden Tat. Eine Entscheidung durch die Wähler und Wählerinnen des sächsischen Freistaates ist heute um so notwendiger, da wir in Deutschland in einer Zeit heftigster sozialpolitischer Abwehrkämpfe stehen, in einer Zeit, in der es darauf ankommt, Regierungen und Behörden zu veranlassen, praktische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung zu ergreifen. Die sächsische Arbeiterschaft möge am 22. Juni daran denken, daß nicht zuletzt auch sie vor schweren Abwehrkämpfen gegen die Lohnrückwärtsbewegung der Unternehmer steht. In der Metallindustrie, in der Bau-Rohstoffindustrie und vielen anderen Industriezweigen liegen die Abbauforderungen der Unternehmer bereits vor. In der Textilindustrie sind die Tarifverträge bereits gekündigt, und wenn auch für die Bauarbeiterschaft die Löhne durch unseren Reichstagsvertrag und durch die Bezirksarbeitsverträge bis zum Frühjahr nächsten Jahres geregelt sind, so stehen doch unsere künftigen Lohnbewegungen im soziologischen Zusammenhang mit den Lohnbewegungen und der Lohnhöhe anderer maßgebender Berufe. Ein allgemein niedriges Lohnniveau hält auch den bestqualifizierten Beruf in seiner Aufwärtsentwicklung zurück! Die sächsischen Unternehmer versuchen, sich für diese Kämpfe einen Bundesgenossen in einer sozialistenreinen, den Interessen und Forderungen der Arbeiterschaft abweisend gegenüberstehenden Regierung zu schaffen. Das Organ des Verbandes sächsischer Industrieller hat die Parole ausgegeben, „zu retten, was noch zu retten ist“ und für die Bildung einer Regierung zu sorgen, „die wie die jetzt gestürzte auch weitgehendes Verständnis für die Kräfte hat, die das wirtschaftliche Rückgrat des Landes bilden.“ Demgegenüber muß es Aufgabe jedes freien Gewerkschafters sein, am Wahltage dafür zu streben, daß aus den Wahlurnen ein Landtag ersehe, der Verständnis für die Not des Volkes hat und bereit ist, seine ganzen Kräfte für die Linderung dieser Not des werktätigen Volkes einzusetzen.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die bürgerlichen Parteien dafür nicht in Betracht kommen. — Das ungeheure Elend der Arbeitslosigkeit, die Verzweiflungsschreie der Massen steigern die Hoffnung der Parteien, die das Elend der Arbeitslosen zu parteipolitischen Zwecken auszuwerten versuchen. Von der ungeheuren Wirtschaftskrise und von der großen Arbeitsnot bedrückt hat mancher Arbeitslose seine Sympathie Kommunisten und Nationalsozialisten zugewendet. Bei ihnen steigt die Erbitterung über unverdienten Schicksal über die politische Vernunft. Waber ist es Aufgabe eines jeden freien Gewerkschafters, den Massen der Wähler stets und überall zu sagen, daß sie von diesen Parteien nichts zu erwarten haben.

Die sozialistenreine Regierung Sachsens ist im Juni v. J. durch Stimmenthaltung der Kommunisten bei der Ministerpräsidentenwahl zustande gekommen. In der Hand der Kommunisten lag es, zu verhindern, daß der Einfluß der sächsischen Industriellen auf die Landesregierung so stark wurde. Durch ihre Stimmenthaltung aber haben die Kommunisten mit dazu beigetragen, daß der sozialpolitische Kurs der Sachsenregierung eine deutliche Wendung nach rechts nahm. Zudem sind die Kommunisten die hartnäckigsten Gegner der freien Gewerkschaften. Bei dem Interesse, das die Gewerkschaften an dem Ausgang politischer Wahlen haben müssen, ist es logisch, daß freie Gewerkschaftler auch im politischen Kampf die Kommunisten als Gegner haben. Freie Gewerkschaftler müssen deshalb danach streben, daß dieser Partei nicht eine einzige Stimme der politisch aufgeklärten Arbeiter und Angestellten zukommt.

Die Nationalsozialisten — die Antipoden der Kommunisten auf dem Felde des politischen Rowdytums — dürfen ebenfalls nicht Stimmen aufgeklärter Arbeiter bekommen. Sie haben zurzeit trotz ihrer inneren Verlogenheit und der Hohlheit ihrer Ideen größere Chancen als ihr bolschewistischer Zwillingbruder. An Kraftmeierei, Skrupellosigkeit, Demagogie und Brutalität sind sie zweifellos den Kommunisten überlegen. Dadurch, daß die Hitlerbrüder ihr nationalsozialistisches Programm mit dem Wort Sozialismus verbrämen, kriecht mancher Kleinbürger und leider auch mancher Arbeiter auf ihren Leim. Diese Kleinbürger und besonders unsere Volksgenossen mögen daran denken, daß keiner der Stahlhelmsoldaten und keiner der nationalsozialistischen abgedankten Generale im monarchistischen Deutschland daran Anstoß nahm, daß die Arbeiterklasse geachtet wurde, daß ihre Angehörigen Staatsbürger dritter Klasse waren, daß sie politisch nicht gleichberechtigt waren, daß die Arbeiterklasse ausgeschlossen war von politischen und staatlichen Ämtern, daß sie von Staats wegen das Kainszeichen der Minderwertigkeit trug, daß selbst der tüchtigste unter ihnen beispielsweise nicht höherer Beamter, nicht Offizier, ja als Sozialdemokrat nicht einmal Nachwächter werden konnte. An dieser monarchistischen Schandung haben die Herren vom Stahlhelm und die nationalsozialistischen Führer niemals Anstoß ge-

nommen! Aber heute spielen sie sich den Arbeitern gegenüber auf und geben vor, für die Rechte des Volkes zu kämpfen. Die Arbeiterschaft muß die Herren Döberberg, Selbte, Hitler und wie sie alle heißen mögen, sowie ihre abgedankten Prinzen mit ihrer Spektakelpartei allein lassen! Wer mit dazu beiträgt — und sei es auch nur durch Gleichgültigkeit — daß Leute wie Dr. Frick in Thüringen, auch in Sachsen ans Ruder kommen oder auch nur Einfluß gewinnen, der möge sich nicht wundern, wenn jene Herren — wieder in den Sattel gehoben — das Volk niederreiten, wie es vor Jahrhunderten ihre Vorfahren geübt und getan haben. Es darf nicht dazu kommen, daß die Nationalsozialisten zum ausschlaggebenden Bestandteil sächsischer Politik werden; es darf nicht dazu kommen, daß aus Sachsen ein zweites Thüringen wird!

Es handelt sich nicht nur um Gewinn oder Verlust einiger Landtagsitze, sondern es geht um den politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiterschaft Sachsens überhaupt. Darum, Gewerkschafter an die Front! Keine Stimme den arbeiterfeindlichen Landknechtshorden, die sich Nationalsozialisten nennen; keine Stimme den Gegnern der freien Gewerkschaften, die sich Kommunisten nennen! Die Stimme des aufgeklärten, politisch denkenden Arbeiters und Angestellten, die Stimme der klassenbewußten Arbeiterin gehört der Sozialdemokratie! Die klassenbewußte sächsische Arbeiterschaft gibt deshalb am 22. Juni ihre Stimme der Liste 1!

Dr. Brüning als Dr. Eisenbarth.

Nunmehr hat sich die vom Zentrum geführte Regierung zu einem Programm entschlossen, das die Reichsfinanzen sanieren und die Wirtschaft ankurbeln soll. Wiederum soll in erster Linie die arbeitende Klasse Opfer bringen. Man bezeichnet die Reformvorschlüsse als Notgesetz. Sie sollen samt und sonders am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Die Reichsregierung rechnet mit einem Defizit von 750 bis 850 Millionen Mark. Dies Defizit will sie durch das Sanierungsprogramm beseitigen. Die Reichsregierung sieht ihre Aufgabe darin, die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu sanieren und den Fehlbetrag des Reichshaushalts zu decken. Sie rechnet im Durchschnitt mit 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern und außerdem mit 400 000 Krisenunterstützungsempfängern. Die wirkliche Zahl wird wesentlich höher liegen. Daneben will die Reichsregierung das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost und der Reichsbahn mit einem Aufwand von rund 2 Milliarden verwirklichen. Die Mittel will sie sich auf folgende Weise beschaffen:

1. Durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 220 Millionen.
2. Durch Ersparnisreformen an der Arbeitslosenversicherung 115 Millionen.
3. Durch ein Notopfer der Festbesoldeten in der öffentlichen und der Privatwirtschaft, der Ledigen und der Aufsichtsräte insgesamt 350 Millionen.
4. Durch Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn 100 Millionen.
5. Durch Umgruppierung der Zahlungstermine für die Zigarrettensteuer 50 Millionen. — Der Rest soll gewonnen werden durch Einsparungen im Reichshaushalt. Die Produktion soll durch dies Programm so gut wie nicht belastet werden.

Man muß sagen, daß die Regierung an alles Mögliche gedacht hat, nur nicht daran, wie die Besitzenden zur Ueberwindung des Defizits herangezogen werden können. Im einzelnen sei zu dem vorstehenden Programm folgendes gesagt: Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung macht 1 % des Lohnes und der Gehälter aus. Vom 1. Juli an soll der Beitragsfuß für die Arbeitslosenversicherung 4 1/2 % betragen. An zweiter Stelle stehen die Ersparnismaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung. Sie sollen in erster Linie dadurch erreicht werden, daß die besserbezahlten Arbeiter und Angestellten geringere als die normalen im Gesetz vorgesehenen Unterstufungen erhalten sollen, wenn nicht 52 Wochenbeiträge geleistet worden sind. Hier will man vor allem die Bauarbeiter treffen. Es war den Herrschaften schon lange ein Dorn im Auge, daß die Bauarbeiter entsprechend ihrem Beitragsfuß unterstufte Gehälter als bisher zufrieden geben. Das wäre eine Maßnahme, die wir energisch ablehnen. — Für die Ledigen ist eine vierzehntägige Wartezeit vorgesehen. Bisher hatten nur die Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr eine längere Wartezeit durchzumachen. Man denkt ferner daran, die Bedürftigkeitsprüfung wieder einzuführen, und schließlich bestimmte Kreise der Versicherten von der Beitrags- und Versicherungspflicht zu befreien. Hier hat man vor allem die verheirateten Frauen im Auge, insofern sie nicht als Haupternährer der Familie anzusehen sind. Insgesamt will man durch diese Ersparnisreformen 115 Millionen Mark erübrigen. — Das Notopfer der Festbesoldeten soll 300 Millionen Mark bringen. Man denkt an eine Belassung in Höhe von 4 % des Einkommens. Gemeint sind die Festbesoldeten in der öffentlichen und Privatwirtschaft. Man begründet es damit, daß diese ein gesichertes Einkommen haben, in ihrer Existenz nicht bedroht und von jeder Leistung zur Sozialversicherung befreit sind. — Daneben sollen auch die Ledigen und die Aufsichtsräte zu einem besonderen Opfer herangezogen werden. Mit Hilfe eines Zuschlages zur Einkommensteuer für die Ledigen will man 45 Millionen Mark aufbringen. Sehr zu begrüßen ist, daß die Aufsichtsräte zum Notopfer herangezogen wurden. Unter dieser Schicht gibt es Schwerverdiener, die teilweise für eine verhältnismäßig geringe Arbeitsleistung Riesengelder einstecken. Wenn man sich grundsätzlich mit der stärkeren Heranziehung der Aufsichtsräte zum Notopfer einverstanden erklären kann, so vermißt man aber eine stärkere Belastung der Direktoren. Hier wäre eine Steuerquelle, die sehr reich fließen würde, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß in

der Industrie, im Handel und Verkehr Direktorengehälter gezahlt werden, die sehr hoch sind, und in ähnlicher Höhe in der Vorkriegszeit nicht vorhanden waren. Hätte man eine vorsichtig gestaffelte Einkommensteuererhöhung vorgenommen, dann hätte man mehr erreicht, als durch die Sonderbesteuerung der Festbesoldeten und der Ledigen.

Ueber den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn und die Umgruppierung der Zahlungstermine für die Zigarrettensteuer ist nicht viel zu sagen. Ganz entschieden muß aber gegen die Pläne protestiert werden, die man zur Reform der Krankenversicherung im Auge hat. Schon lange wurden hier entscheidende Maßnahmen in Aussicht gestellt. Man will bei der Krankenversicherung 100 bis 150 Millionen einsparen. Deshalb soll das Arzneimein geändert werden. Es soll künftig nicht genügen, das Rezept des Arztes bei dem Apotheker abzugeben und die Zahlung der Krankenkasse zu überlassen, sondern der Patient soll einen Satz — man spricht von 25 % — selbst zahlen. Eine weitere einschneidende Maßnahme ist die Verlängerung der Karenzzeit. Durch die Reform der Krankenversicherung hofft man eine so weitgehende Beitragsermäßigung durch Senkung des Grundlohns durchführen zu können, daß der erhöhte Beitrag zur Arbeitslosenversicherung etwas ausgeglichen wird. Die Reichsregierung folgt hier den Vorschlägen, die die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände kürzlich in ihrer Denkschrift gemacht hat. Daß der Angriff auf die Krankenversicherung eine stark reaktionäre Maßnahme ist, braucht nicht dargelegt zu werden.

Ueberschaue man das Sanierungsprogramm der Regierung, so muß festgestellt werden, daß die große Masse der Arbeiter und Angestellten am meisten belastet wird. Schon immer war diese Schicht der große Päckesel. Es hat aber noch nie eine Zeit gegeben, wo die arbeitende Klasse so stark unter der Wirtschaftskrise zu leiden und so empfindliche Lasten zu tragen hatte wie gegenwärtig. Durch die höheren Lasten für die Arbeitslosenversicherung, und sonstige Belastungen, das Notopfer der Festbesoldeten usw., wird die Kaufkraft derer stark geschwächt, die fast ihr gesamtes Einkommen wiederum durch Warenankauf in den Wirtschaftskreislauf zurückgeben. Man scheint sich keinen Begriff davon zu machen, wie angesichts dieser Zustände die Wirtschaft angekurbelt werden soll. Die Preisenkungen in der Produktion und des Handels müßten sehr hoch sein, wenn das Manko in der Verringerung der Kaufkraft wieder ausgeglichen werden soll. Es wird hierüber noch sehr viel zu sagen sein.

Nennt man zu alledem noch die Pläne zur Herabsetzung der Löhne und Gehälter, so hat man einen Angriff auf den Sozialstandard der arbeitenden Schichten, wie er noch niemals in solcher Härte unternommen worden ist. So können die Dinge unmöglich weitergehen. Es gibt in Deutschland Leute genug, die mühselos zur Linderung der Massennot beitragen können. Nur der reaktionäre Einschlag der Reichsregierung verhindert durchgreifende Maßnahmen. Ein Hundstopp ist der, der sich bei den kommenden Kämpfen seitwärts in die Büsche schlägt und nicht seine ganze Person dafür einsetzt, die Pläne zuchanden zu machen!

Allgemeinverbindlicherklärung von Lohnvereinbarungen.

Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums im Reichsarbeitsblatt Nr. 16 vom 5. Juni 1930, sind die Vereinbarungen über Weitergeltung der Lohnsätze für folgende Bezirke mit Wirkung vom 1. April 1930 für allgemeinverbindlich erklärt worden: Bezirksarbeitsvertrag für die Grenzmark Posen-Westpreußen, Geschäftszeichen 3984, eingetragen in das Tarifregister am 23. Mai 1930 auf Blatt 9440 lfd. Nr. 5. — Bezirksarbeitsvertrag für Ost- und Westfalen, Geschäftszeichen 4306, eingetragen in das Tarifregister am 24. Mai 1930 auf Blatt 8980 lfd. Nr. 3. — Lohn- und Arbeitsarbeitsvertrag für Württemberg und Hohenzollern, Geschäftszeichen 3664, eingetragen in das Tarifregister am 28. Mai 1930 auf Blatt 8349 lfd. Nr. 6. — Bezirksarbeitsvertrag für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Geschäftszeichen 3673, eingetragen in das Tarifregister am 28. Mai 1930 auf Blatt 9695 lfd. Nr. 7. — Bezirksarbeitsvertrag für das Vertragsgebiet Norden, Geschäftszeichen 3558, eingetragen in das Tarifregister am 28. Mai 1930 auf Blatt 8833 lfd. Nr. 12.

Bezirksarbeitsvertrag für die Provinz Brandenburg. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums im Reichsarbeitsblatt Nr. 15 vom 25. Mai 1930, Geschäftszeichen 3584, ist der Nachtrag (Lohnarbeitsvertrag, Vereinbarung über Weitergeltung der bisherigen Löhne) vom 26. März 1930 zum allgemeinverbindlich erklärten Lohn- und Arbeitsarbeitsvertrag vom 15. Juni 1929 mit Wirkung vom 1. April 1930 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Eingetragen in das Tarifregister am 12. Mai 1930 auf Blatt 9099 lfd. Nr. 15.

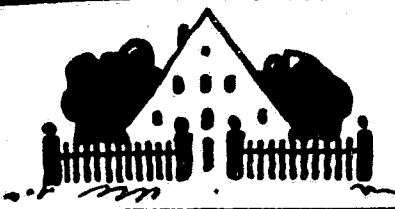
Bezirksarbeitsvertrag für die Provinz Pommern. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums im Reichsarbeitsblatt Nr. 15 vom 25. Mai 1930, Geschäftszeichen 981 A, ist der Anhang über Löhne zu dem allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag vom 3. Juni 1929 für die Vertragsgebiete Pommern (Geschäftszeichen 981 A) und Groß-Stettin (Geschäftszeichen 981) mit Wirkung vom 1. April 1930 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich auf die Provinz Pommern (einschließlich des Wirtschaftsgebietes Groß-Stettin) mit Ausnahme des Ortes Damgarten und des pommerschen Gebiets um den Ort Damgarten (begrenzt durch die Orte Ahrenshoop, Neuendorf, Hermannshagen, Jessenburg, Neuhof, Altenwillershagen, Trinwillershagen, Neuenlütke, Neuentorf, Lodenhagen, Tribshof, Gruel) mit Ausnahme des Gebiets um Jettemin, des Gebiets und der Orte Steinwehr, Thändorf, Linde, Wildenbruch, Selchow, Stresow, Jädersdorf, Köhrchen, Uchdorf, Kunow, Friedrichsthal, Janekow, Woltersdorf, Jagow; ferner der Nordostteil der Uckermark nördlich der Linie Briezig, Schwarzhof, Damerow, Neuenfeld, Stramehl, Brüssow, Frauenhagen und Bagemühl, die genannten Orte eingeschlossen. — Eingetragen in das Tarifregister am 20. Mai 1930 auf Blatt 9448 lfd. Nr. 5.

Die Allgemeinverbindlichkeit endet für alle Lohnabkommen, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Ende der Geltung der Nachträge zu den Tarifverträgen.

Rundfunkhörer!

Eure Zeitschrift ist der „Arbeiterfunk“

Die größte Arbeiter-Zeitschrift der Welt!



Unterhaltung und Wissen



Kometen der Landstraße.

Von Friedrich Valeria.

Unter Kometen versteht man in der Regel wandernde Weltkörper, die scheinbar — wie Vagabunden — ziellos innerhalb eines bestimmten Kreises herumwandeln, dadurch aber schon beweisend, daß sie sich in Abhängigkeit zu diesem befinden. Trotzdem sie vielleicht bereits in ihrem Anfangsstadium größere Entwicklungsmöglichkeiten in sich schließen, als die Fähigkeit anderer es zuläßt, bergen sie doch Gefahren in sich, die die scheinbar festgelegte Ordnung alles Seins zu erschüttern vermag.

Solchen Kometen ähneln die Vaganten, die die Landstraßen der Erde beleben oder die die Mittel des Verkehrs benutzen, um — wie keimfähige Bakterien auf Sonnenstrahlen reisend — hier und dort aufzutreten. An letzter Stelle unter ihnen rangieren die Vagabunden, Landstreicher, die sich von Ort zu Ort, von Ort zu Ort beständig durchs Leben schlagen. Diese haben zumeist jedes Gefühl für ihr Menschsein verloren; deshalb ist es ihnen auch gleichgültig, ob sie im Spital, im Graben oder im Kirtchen ihre Tage beschließen.

Mit dieser Art „Vagabunden“ haben die internationalen Kunden, die überall zu Hause sind, nichts gemein.

Auch in Landfahrerkreisen gibt es Unterscheidungen, die man klassenmäßig bezeichnen könnte. Jeder Teil respektiert schon aus Sicherheitsgründen den Abstand, der ihn von einem anderen trennt, was aber nicht ausschließt, daß Kunden erster Güte Junstgenossen niederer Kategorien aufsuchen. Zumeist geschieht das, um Erkundigungen irgendwelcher Art einzuziehen oder um brauchbare Notizen als Mitarbeiter auszuwählen, die angelehrt werden und den Nachwuchs bilden.

Bei solchen Gelegenheiten fließt das „edle“ Maß vielfach in Strömen, ohne daß es in der Regel zu Täuschlichkeiten kommt. Treten trotzdem einmal solche Zwischenfälle ein, so verschwinden die „hohen“ Gäste und die Zurückbleibenden machen den Störenfriedern auf handgreifliche Weise klar, was ungeschriebenes, aber nichtsdestoweniger „gültiges“ Gesetz ist. Bei Wiederholungen oder sonstigem unzumutbarem Verhalten werden sie geächtet oder bei der Polizei denunziert.

Die erste Stufe nehmen jene ein, die als wirkliche Lebenskünstler, von den Behörden Hochstapler genannt, verstehen, ohne Geschäftskapital und ohne jemals zu arbeiten als Gentleman die Welt zu bereisen. Sie sind gewissermaßen Aktionäre aller Unternehmungen und verstehen alle Welt zu schröpfen. Sie sind, je nach Bedarf: politisch Verfehmte oder wirtschaftlich Ruinierte, Ingenieure, Doktoren, Wissenschaftler oder Künstler, sprechen alle Sprachen jener Länder, die sie berühren, sind Juden, Christen oder Freimaurer, immer der Rolle entsprechend, die sie als Schauspieler des Lebens zurzeit spielen und die sie wechseln, sobald das Geld abgegrast ist oder die Verhältnisse es erfordern. Für die nötigen Papiere sorgt der Flebennmacher oder irgendein Konsulat, das sich unter irgendeiner Vorpiegelung hineinlegen läßt.

Anderer, einfacher arbeitend, benutzen eigene oder fremde Kunstfertigkeit, um unter Vorkäufung von Aufträgen oder Werbung für Bestellungen Darlehen oder Vorschüsse zu erschwindeln. Wieder andere arbeiten mit Frau und Kind, die man auch leihweise mietet, und käuflichen Landseuteln oder Fremden ihre momentane Verlegenheit vor, ein Trick, der selten versagt und ein angenehmes Leben ohne Gefahr gestattet, weil sich die Angeschmierten in der Regel nicht lange an einem Ort aufzuhalten pflegen. Daneben gibt es Kunden, die als Kartenverkäufer, Komiker, Musiker, Schriftsteller oder Maler die Welt durchstreifen und dabei ein freies ungebundenes Leben, auch risikoloses Dasein führen. In fast letzter Stelle rangieren die ewig Beschäftigung suchenden Kaufleute, die aber immer neue Zeugnisse vorzulegen imstande sind. Den Rest bilden die alten Speckjäger, mit denen selbst die Polizei nichts anzufangen weiß. Man läßt sie ziehen, weil man sie damit am ehesten wieder los wird.

Wirkliche Verbrecher, also Menschen, die mit Gewalt ihre Zwecke durchsetzen, sind unter den internationalen Kunden selten zu finden. Wohl huldigen sie dem Grundsatz verantwortungsloser Gleichberechtigung, doch schröpfen sie im logischen Verfolgen dieser Theorie zumeist Menschen, die es entbehren können. Sie fühlen sich außerdem als Menschenfreunde, denn sie würden sich schämen, andere, denen das Arbeiten Vergnügen macht, um ihren Verdienst zu bringen.

Schließlich ist auch das Kundenleben ein Kampf um das Dasein, der so lange währen wird, bis die Ausbeutung der Arbeit der Existenzsicherung der Allgemeinheit gewichen ist.

Das Brautkleid.

(Ein isländischer Bauernroman.)

Seltam wie die Natur auf Island sind die Menschen auf dieser Insel. Vereiste Berge und vulkanische Dämpfe, zugefrorene Seen und heiße Springquellen, schlafende Gutschlöße in einsamen Tälern und nordlichüberflammte Volkstänze um das Scheiterhaufenfeuer der Sonnenwende — harte Männer und Frauen mit schmalen Lippen und kalten Augen, und plötzlich Ausbrüche lange zurückgehaltener Leidenschaft, in der Einsamkeit verkümmerte Gefühle und dann doch die heiß aufströmende Zärtlichkeit, kindliche Träume und fest zupackende Fanatik der Eigentums. Die Kontraste wohnen eng beieinander.

In diese Welt führt der neue Roman der Büchergilde Gutenberg Berlin, „Das Brautkleid“ von Kristmann Gudmundsson, deutsch von Ernst Jüchner, in Leinen 3 M. Landschaft und Menschen verwachsen in diesem Roman zu einer wunderbaren Einheit. Wir erleben, wie der ewige Wechsel der Jahreszeiten die Landschaft verändert und die Gefühle der Menschen beeinflusst, wie die alten Ueberlieferungen

Unserer Jugend hohe Sendung

Die Alten sagten: „Das Arbeiterlos ist schmachvoll und drückend, das Elend groß; Wir brauchen ein Bauwerk, das sicher und fest Der Sturmesnot trotz, keinen Regen durchläßt; Das treulich behütet das Arbeiterheer Vor Unterdrückung und Willkürbegehr. Das Werk ist schwer, doch wir müssen es wagen!“

Und sie legten entschlossen sonder Zagen, Ob auch der Zorn der Herrschenden klirrte Und Verleumdung und Haß die Luft durchschwirrte Und ob auch die Arbeit mühsam und rauh, Das Fundament zu dem großen Bau. Doch dabei blieb die Arbeit nicht stehen; Bei Hagelschauer und Sturmeswehen Ward mutig das Bauwerk weitergeführt. Als Säulenquadern wurden erkürt Die Freiheit, das Glück und die Brüderlichkeit, Die Freude und wahre Gerechtigkeit — So strebte stolz empor in die Höh' Der Bau der Menschheitsbefreiungsidee!

Der Bau ist nicht fertig. Die Alten starben, Sie ernteten nicht der Zukunft Garben; Wohl reifte der Same zu kräftiger Blüte, Doch nicht zur Frucht von köstlicher Güte! Drum heißt es heute: Ersatzleute vor! Herein durch das weitgeöffnete Tor, Hinein in den Bau zu seiner Vollendung!

Ihr Jungen, erfüllt der Zukunft Sendung! Ihr müßt mit euren jungen Händen Den Bau der Menschheitszukunft vollenden! Seid schaffensstark und schaffensbereit In Brudertreue und Einigkeit, Fügt Stein zu Stein aus gebrannter Erden, Der gewaltige Bau muß fertig werden! Laßt eure jungen Kräfte walten, Enttäuscht nicht die große Hoffnung der Alten! Was sie begonnen, ihr sollt es vollenden! Es hieß das Mühen der Alten schänden, Es hieß ihr Lebenswerk vernichten, Wolltet ihr auf den Weiterbau verzichten!

Drum hurtig herbei, ihr Jüngern und Jungen! Ans Werk, voll Eifer und mutdurchdrungen, Zu dem die Alten den Grundstein gelegt Und den Weiterbau sorgsam gehegt und gepflegt! Führt mutig der Zukunft Bau zur Vollendung — Das ist unsrer Jugend hohe Sendung! Taefs.

von Generation zu Generation weiterleben und wie das Neue nur sehr langsam in das Innere dieser geheimnisvollen Insel vordringt.

Einem fernab auf seinem Gutshof lebenden Bauern stirbt die Frau im Kindbett, ehe der zwei Tagesmärsche entfernte Doktor herangeholt werden kann. Der Witwer macht sich bittere Vorwürfe, daß er der Verstorbenen nicht immer gehalten hat, was er ihr einst am Hochzeitstage versprochen, damals, als sie im Brautkleid vor ihm stand. Dieses Brautkleid wird ihm jetzt zum Kultgegenstand. Es erinnert ihn an sein Glück und seine Schuld, es hindert ihn, ein neues Leben anzufangen, es wird eine Macht, die ihn quält. — Die Tochter des Witwers wächst heran. Zwei Burtschen aus der Nachbarschaft umwerben sie. Aber es ist, als ob auch die Jugend etwas von der Schattenlast der Alten mittragen müsse. Die beiden Freunde werden zu Nebenbuhlern, zu Todfeinden, und der Stärkere gewinnt das Rennen. Eines Tages wirft der Witwer seinen Fetisch



Sonntag.

über Bord, schleudert der Tochter das Brautkleid wie einen Fluch nach und holt sich ein neues Weib in sein wieder hell gewordenes Haus. Die Tochter überwindet nach schwerer Krise die abergläubischen Gespenster um das Hochzeitskleid und findet in den Armen ihres starken und aufgeweckten Gatten endlich das Glück.

Um diese Romanafabeln herum geschieht vieles, das Gelegenheit gibt, neue Charaktere, die ökonomische und soziale Struktur des Landes und seiner Bewohner kennenzulernen. Fremde Sitten und Gebräuche werden sichtbar, eine seltsame Welt abergläubischer Vorstellungen steigt herauf, alte Sagen und neue Begriffe vermischen sich. In diesem Roman wird uns Island mehr als eine bildliche Ahnung.

Kristmann Gudmundsson ist ein junger Dichter. Sein Roman „Das Brautkleid“ läßt der Uebersetzung weiterer Arbeiten mit Interesse entgegensehen. Die norbische Dichtung, seit Jahrzehnten an der Spitze der Weltliteratur, ist um einen neuen Namen und um neue Werte reicher.

Die Gesundheit der Frau ist das beste Kapital.

Die gewaltigen Arbeitsleistungen, die die Frauen vollbringen, werden in der Regel viel zu wenig beachtet. Die Tätigkeit der Hausfrau wird ziemlich gering eingeschätzt. Und doch beruht schließlich auf dieser stetigen Arbeitsleistung die Gesundheit der Familie und die Wohlfahrt des gesamten Volkes. Der Beschäftigungsgrad der Frauen hat nach dem Kriege gewaltig zugenommen. Nicht weniger als 4,5 Millionen Frauen finden in Handel und Verkehr, Industrie und Handwerk Beschäftigung. Oftmals sind die Verhältnisse so, daß der Ehemann erwerbslos ist, und die Frau und Mutter neben ihren zahlreichen häuslichen Pflichten durch Fabrikarbeit den Unterhalt der Familie erwerben muß. Universitätsprofessor Dr. W. Liepmann und Direktor des Instituts für Frauenkunde macht in Nr. 5 der Zeitschrift „Gesundheit“ auf den Zusammenhang zwischen Frauenarbeit und Frauengesundheit aufmerksam. Der Ueberanstrengung des weiblichen Körpers muß durch gesundheitliche Maßnahmen entgegengewirkt werden. Zunächst muß die schwangere Frau die größtmögliche Schonung durch die Gesehgebung erhalten. „Diese Pflicht kann erst als erfüllt gelten, wenn in der arbeitsfreien Schwangerschaft vor und nach der Geburt die Frauen denselben Grundlohn erhalten wie vorher. Denn andernfalls werden sie, durch die Not der Familie gedrängt, eine Minderung ihrer kärglichen Existenz nicht ertragen wollen und dadurch, wie die Erfahrung lehrt, ihren schwangeren Zustand bis zum äußersten Zustand verbergen.“ Bei stehender Beschäftigung sollen die Frauen anstatt der Pantoffeln bequeme Schuhe, ähnlich unseren Sportschuhen, mit Hacken tragen, um Plattfußbildung zu vermeiden. Bei sitzender Arbeit muß auf die Körperhaltung Wert gelegt werden. Hier leisten die neuen Arbeitsstühle mit beweglicher Rückenlehne gute Dienste. Um eine übermäßige Muskelbeanspruchung zu vermeiden, sollten bei den Frauen alle technischen Fortschritte angewandt werden. Bei kalten Fußböden sind Holzrost zu fordern. Um die einseitige Muskelbeanspruchung beim dauernden Stehen oder Sitzen auszugleichen, empfiehlt Liepmann ferner in den Pausen sogenannte Ausgleichsübungen vorzunehmen. Am besten ist es, wenn die Pausen — wo irgend möglich — in frischer Luft abgehalten werden. In Zeiten der Menstruation und der Schwangerschaft sollten überall Ruheräume und Liegesofas vorhanden sein, um den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich entsprechend zu erholen. Die richtige Ausnutzung der Freizeit ist für die Gesundheit der Frau von allergrößter Wichtigkeit. In der Tat handelt es sich hier um ein so kostbares Gut, daß keine Mittel und Kosten gescheut werden müßten, um sie zu erhalten. Die Gewerkschaften waren seit jeher in dieser Hinsicht tätig und werden ihre Anstrengungen gemeinsam mit den Krankenkassen fortsetzen.

Das kam vor! Die Kaserne unserer M.-G.-K. lag zwischen Pferdeställen. Die Fliegenplage war daher, sowie es warm wurde, unerträglich — so unerträglich, daß eines Jahres der Bataillonsarzt einschrift und bei der Intendantur Fliegenleim beantragte.

Nach etlichen Wochen kam die ablehnende Antwort: „Fliegenleim stände nicht zu.“

Also erneuter Antrag mit grobem Geschütz: Seuchen- gefahr!

Wieder nach Wochen eine Antwort: „Zwecks Ent- scheidung höheren Orts weitergereicht.“

Dann Schweigen im Walde.

Am 14. Dezember rollte ein Fäßchen in die Revierstube:

„1 Zentner Fliegenleim mit der Bitte um Empfangs- bestätigung.“

Unser Bataillonsarzt schrieb diese nun so:

„Der Empfang des am 15. April beantragten Fliegen- leims wird am 14. Dezember bestätigt. Gleichzeitg wird um Lieferung der dazu gehörigen Fliegen gebeten.“

Es hatten sich Mißstände ergeben. Die polnische Eisen- bahnverwaltung sah sich daher veranlaßt, mit ordentlichem Dienstbefehl L. VII 2789/29 dem Schlafwagenpersonal den § 478 Absatz 3 der allgemeinen Betriebsvorschriften in Erinnerung zu bringen, wonach „die gleichzeitige Benutzung desselben Schlafwagenabteils Personen verschiedener Ge- schlechts, die nicht in der Lage sind, sich mittels eines Trauscheines oder sonstigen Ständesamtsdokuments als Ehe- gatten auszuweisen, ausnahmslos zu unterjagen ist.“

Vorigen Monat fuhr ich von Warschau nach Wien.

Allein sah ich im Schlafwagen und löste trübsinnig Kreuz- worträtsel. Auf einmal klopft es an der Tür. Der Kon- dukteur grinst herein: „In einer halben Stunde sind wir in Petrovice ... Die Orzenze ... Da habe ich nur fragen wollen, was der Herr vorziehen ... blond oder schwarz ...?“

Simplicissimus.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist die Firma Paul Kaiser, Baugeschäft Gofek, Baugewerkschaft Weissenfels, wegen untertariflicher Bezahlung.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger. Im Bezirk Chemnitz sind die Fliesenleger im Abwehrstreik. In Götting stehen die Fliesenleger in schwierigen Tarifverhandlungen. In Solingen sind die Fliesengeschäfte Emil Buschmann und Joseph Monts gesperrt.

Töpfer: Gesperrt sind in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhm, in Burg bei Magdeburg Uhlmann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Magdeburg die Firma Zollweger & Sohn wegen Nichtzahlen des Lohnes, in Straßburg i. U. die Ofenfabrik Klein Schmidt wegen Nichtzahlen der Tariflöhne.

Tarifkämpfe in der Schweiz. Der Streik der 1200 Holzarbeiter und Zimmerleute in Basel dauert jetzt bereits 14 Wochen. Ein Ende ist noch nicht abzusehen. Letzte Woche fanden vor dem staatlichen Einigungsamt in Basel Verhandlungen statt, die drei Tage dauerten. Beiden Parteien wird jetzt ein Schiedspruch vorgelegt, der aber unverbindlich ist. Wenn er abgelehnt wird, von der einen oder anderen Partei, mit welcher Wahrscheinlichkeit gerechnet werden muß, geht der Streik weiter. Gleichzeitig stehen die Gipser und Maurer in Basel ebenfalls noch in Tarifbewegung. In Olten sind die Holzarbeiter und Zimmerleute wegen Verweigerung von Streikarbeit ausgesperrt. In St. Gallen, Schaffhausen, Lausanne, Gené und noch zwei Dutzend weiterer Orte stehen die Maurer und Handlanger noch in Tarifbewegung. Auch die Gipser befinden sich noch an einigen Orten in Tarifbewegung. Zugang von Holzarbeitern, Zimmerleuten, Maurern und Gipsern nach der Schweiz ist fernzuhalten, da keine Möglichkeit besteht, jetzt Arbeit zu finden. Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz.

Aus der Sozialgesetzgebung

Auch durch Aussetzen der Lehrlinge infolge Frost gilt das Lehrverhältnis nicht als aufgehoben. Es müssen daher auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung während der Aussetzzeit gezahlt werden.

Lehrlinge, deren Lehrvertrag auf mindestens zwei Jahre abgeschlossen ist, sind bekanntlich in der Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei. Die Versicherungsfreiheit erlischt aber nach § 74 Absatz 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zwölf Monate vor Beendigung der Lehrzeit. Wird also ein Lehrling gleich nach Beendigung der Lehrzeit wegen Arbeitsmangel entlassen, so hat er Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung entsprechend seiner Beitragsleistung im letzten Jahr seiner Lehrzeit. — Nun kommt es im Baugewerbe häufig vor, daß Lehrlinge trotz Lehrvertrag im Winter aussetzen müssen. Wenn nun für einen Lehrling im letzten Jahr wegen Aussetzens während der Wintermonate keine Beiträge entrichtet werden, so erhält er nach Beendigung der Lehrzeit und nach der Entlassung auch keine Arbeitslosenunterstützung. Nach objektiver Rechtsauffassung sind aber die Lehrherren verpflichtet, für Lehrlinge auch während der Aussetzzeit Beiträge zu zahlen, da ja das Lehrverhältnis fortbesteht. Aber verschiedene Lehrherren versuchen sich um die Beitragspflicht dadurch herumzudrücken, daß sie in den Lehrverträgen bei der Formulierung von Beginn und Ende der Lehrzeit einen Zusatz machen „ohne die Wintermonate“. Dem Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung unterlag kürzlich folgender

Fall zur grundsätzlichen Entscheidung. Ein Maurerlehrling hatte Arbeitslosenunterstützung beantragt, die ihm vom Arbeitsamt mit der Begründung verweigert worden war, daß Arbeitslosigkeit im Sinne WVG während der Dauer des Lehrverhältnisses nicht vorliege. — Der Spruchsenat entschied am 10. April 1930 wie folgt: „Wenn in einem Lehrvertrag der Angabe über den Zeitpunkt des Beginnes und des Endes der Lehrzeit der Zusatz „ohne die Wintermonate“ beigefügt ist, so hat dies für die Arbeitslosenversicherung nicht die Wirkung, daß das Lehrverhältnis während der Wintermonate als aufgehoben anzusehen ist.“ — Wenn also nach der Ansicht der Obersten Spruchsenanz das Lehrverhältnis nicht als aufgehoben gilt während der Aussetzzeit, dann besteht auch die Pflicht zur Beitragsleistung während dieser Zeit. In der Begründung wird übrigens auch darauf hingewiesen, daß während der Dauer des Lehrvertrags Arbeitslosigkeit überhaupt nicht vorliegt, da der Lehrling dem allgemeinen Arbeitsmarkt ja nicht unbeschränkt zur Verfügung steht.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Ostpreußen. Unserem Antrag, die Löhne im ostpreussischen Baugewerbe auch für die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 für allgemeinverbindlich zu erklären, hat der Reichsarbeitsminister durch folgende Entscheidung entsprochen:
Der Reichsminister. Berlin, den 30. Mai 1930.
III b 1272/169 Tar.

Entscheidung.
Der Nachtrag (Vereinbarung über Weitergeltung der Lohnsätze) vom 26. März 1930 zum allgemeinverbindlichen Bezirksarbeitsvertrag vom 21. Juni 1929 (Reichsarbeitsblatt 1929 Nr. 32) wird für den gleichen beruflichen und räumlichen Geltungsbereich für allgemeinverbindlich erklärt. — Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt am 1. April 1930, sie endet vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister mit dem Nachtrag zum Tarifvertrag.

Im Auftrage: gez. Dr. Kalkbrenner.
Nachdem nun die Allgemeinverbindlichkeit heraus ist, gilt es, sofort alle unorganisierten Unternehmer zu packen, die unseren Kollegen mangels der Allgemeinverbindlichkeit nicht die Tariflöhne gezahlt haben. Jetzt dürfen Ansprüche und Forderungen nicht mehr aufgeschoben werden, weil sonst beim Arbeitsgericht der Unternehmer den Einwand machen kann, daß der Kollege, weil er trotz untertariflicher Entlohnung geschwiegen hat, auf den Tariflohn verzichtet hat. Diese Möglichkeit muß unbedingt vermieden werden! Spätestens am Tage nach der Entlassung muß der Tariflohn gefordert, niemals darf eine sogenannte Ausgleichsquittung unterschrieben werden, wonach Entlassene keine Ansprüche mehr haben. Kollegen, die nicht während des Beschäftigungsverhältnisses — sei es selbst oder durch den Bauobereiten — oder spätestens am Tage ihrer Entlassung ihre tariflichen Ansprüche geltend machen, können künftig nicht mehr vor den Arbeitsgerichten vertreten werden, weil nach herrschendem Recht in solchen Fällen ein Verzicht vorliegt. — Kollegen Funktionäre, klärt eure Kollegen auf, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben!

Aus den Baugewerkschaften

Frankfurt a. M. (Zahlfelle Fehrenheim.) Eine recht interessante Mitgliederversammlung hielt unsere Zahlfelle am 24. Mai ab. Sie war auch etwas stärker besucht als die früheren. Kollege Pries-Frankfurt sprach über: „Die gegenwärtige Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Baugewerbe.“ Der Vortragende zeichnete ein Bild der

schweren wirtschaftlichen Lage, die wesentlich durch die Zahlungsverpflichtungen des Youngplans beeinflusst sei. Unmöglich sei es für Deutschland die nationalistische Forderung der „Verweigerung der Zahlung für Kriegskredite“ durchzuführen. Der Youngplan habe gegenüber dem Dawesplan einige Vorteile gebracht. Weiter wies der Vortragende auf die Angriffe auf die Sozialversicherung hin und bemerkte, die Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse zeige, daß sie die Gefahr noch nicht voll erkenne. Alle Arbeiter müßten sich in den Gewerkschaften zu gemeinsamer Abwehr zusammenschließen. Eingehend behandelte Pries noch die Verhältnisse im Baugewerbe. Daß wir einen Lohnabbau verhindern konnten, müssen wir als einen Erfolg buchen. — In der Aussprache sprach Kollege Pries. Die Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse sei auf die Entlassungen, die die Politik der SPD. und der offiziellen KPD. mit sich gebracht habe, zurückzuführen. — Die Versammlung verlangte Maßnahmen gegen die Akkordarbeit. Wir hoffen, daß sich künftig noch mehr Kollegen an unseren Versammlungen beteiligen!

Solingen. (Kommunistenblatt der Lüge überführt.) Seit Bestehen der KPD. trägt diese „Arbeiterpartei“ das Kainszeichen der Lüge und Verleumdung an der Stirn. Je nach den Parolen und Phrasen, die dem Zickzackkurs dieser „Arbeiterpartei“ vorangehen, werden die Arbeitervertreter, die nicht das bolschewistische Glaubensdogma anerkennen, mit gemeinen Verleumdungen und schamlosen Beschimpfungen überschüttet. Ein Glanzstück von „Kanaljournalistik“ leistete sich die „Bergische Arbeiterstimme“, die „Bärenstimme“, wie sie im Solinger Volksmund sehr richtig bezeichnet wird. Die charakteristische Bezeichnung „Bärenstimme“ ist gerechtfertigt; wird doch dies revolutionäre Renoldeblatt seit 1929 nur von „Bären“ hergestellt. — Am 3. Dezember 1929 brachte die „Bärenstimme“ einen gemeinen Hetz- und Lügenartikel gegen unseren Geschäftsführer Max Richter. Das Pamphlet war überschrieben: „Baugewerkschaften als Spitzelagenten“. Die reformistischen Spalter bezahnten agent provokateurs.“ In ihm heißt es: „Den Gipfelpunkt der Schamlosigkeit gegen die Gewerkschaftsopposition dürfte der Solinger Bauarbeiterkonferenz Richter erklommen haben. Die öffentliche Bauarbeiterversammlung bei Knecht am Bühl, kurz vor dem Reichskongress, gab den Ausschlag. Richter besprach sich mit einem „Vertrauensmann“, gab ihm Geld und beauftragte ihn, in diese Versammlung hineingehauen und ihm genau über den Verlauf der Versammlung Bericht zu erstatten. Er schlug ihm vor, bei der Wahl zu Delegierten den oppositionellen Bauarbeiterkollegen Schuhmacher, Mitglied der Ortsverwaltung des Baugewerksbundes, als Delegierten zum Kongress vorzuschlagen. Er, Richter, würde dann eine glänzende Möglichkeit haben, diesen Schuhmacher, der ihm schon lange ein Dorn im Auge ist, aus dem Verbande hinauszujagen; usw.“ — Welche Ursache diente dem Solinger Bolschewikenblatt zu diesem Lügenartikel und welchen Zweck verfolgte man? Nach der Liquidierung des „VdaB.“ in Solingen, im April 1926, das heißt nach zweijährigem Bestehen dieser „Klassenkampforganisation“, ist es in Solingen mit der Bevormundung der gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter durch die Bolschewiken vorbei. Weder die bolschewistische „Kampfororganisation“, noch die illegalen Zellen und Fraktionen von 1926 bis 1930 konnten die Solinger Bauarbeiter dazu bringen, unsere Baugewerkschaft unter bolschewistische Bevormundung zu stellen. Die übergroße Mehrheit der Solinger Bauarbeiter steht in dem Deutschen Baugewerksbund ihren berufenen Vertretern. Diese Tatsache macht zuweilen die bolschewistischen „Gewerkschaftsstrategen“ nervös. Es ist deshalb verständlich, daß die bolschewistischen Strategen in ihrem Eifer, die Gewerkschaften zu erobern, kein Mittel — auch wenn es noch so schmutzig ist — unversucht lassen, um den Schlachtplan durchzuführen. Die Entwicklung zeigt, daß es mit der Eroberung der Gewerkschaften durch die Bolschewiken nicht so glänzend bestellt ist. Selbst in der bolschewistischen Hochburg Solingen verloren die „erprobten“ Strategen eine Position nach der anderen an die „Reformisten“. Das Ergebnis war, daß

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 26. Mai 1930.

Bezirksverband	Zahl der Baugewerkschaften		Mitgliederzahl am Wochenschluß	In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos																				vom Hundert der Mitgliederzahl													
	insgesamt	davon haben berichtet		Maurer	Fliesenleger- und Dekorationsmaler u. Steller	Töpfer, Schornsteinfeger	Sanitärarbeiter	Zementarbeiter, Klempner, Bleger	Stuckateur u. Stuckputzer	Glaser	Ofenbauer	Dienstreifer	Spezialhandwerker	Einzelgewerkschaften	Tätigkeitslose	Arbeitslose	Fliesenleger	Stuckateur u. Stuckputzer	Glaser	Ofenbauer	Dienstreifer	Spezialhandwerker	Einzelgewerkschaften	Arbeitslose	26. 5.	19. 5.											
Königsberg	7	7	17373	3528	—	76	44	89	15	13	—	198	—	—	8	13	2	—	35	16	—	10	2812	21	975	32	—	16	—	89	—	7992	46,0	47,5			
Danzig	1	1	3847	330	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	372	6	334	—	—	—	9	—	1079	28,0	29,5			
Stettin	61	61	16046	3099	6	29	21	64	79	19	13	124	—	—	4	12	9	—	—	—	—	—	—	1772	6	765	—	—	6	—	100	—	6122	38,2	40,6		
Breslau	43	43	43149	10370	119	203	212	183	59	78	87	508	53	34	85	67	32	—	52	—	—	—	—	7719	70	1193	—	—	15	—	628	15	21782	50,5	52,0		
Berlin	60	60	55658	7658	7	80	195	203	795	14	66	742	2	3	21	16	86	—	—	—	—	—	—	7503	7	930	1	—	—	—	—	161	3	19038	34,3	34,4	
Magdeburg	42	42	29371	7596	14	37	33	38	17	84	24	132	9	—	9	13	46	—	—	—	—	—	—	2708	7	309	—	—	—	—	—	221	—	11304	38,5	39,1	
Erfurt	34	34	20605	6370	26	36	71	9	118	134	10	75	—	—	24	14	13	—	—	—	—	—	—	2780	—	212	—	17	—	—	—	174	2	10108	49,1	49,6	
Frankfurt	17	17	35693	7610	10	62	143	114	342	27	—	11	—	—	—	52	10	2	13	7	—	—	8	6272	248	1589	42	5	8	2	335	—	16914	47,4	49,0		
Köln	12	12	20174	3603	32	64	228	259	856	16	—	16	3	2	—	130	30	26	441	49	—	—	4	3930	106	665	2	—	1	1	127	—	10591	52,5	52,4		
Dortmund	14	14	21549	3768	66	59	140	211	456	2	2	31	—	—	2	203	71	6	35	49	—	—	7	3490	226	1124	—	2	—	—	236	—	10186	47,3	47,0		
Hannover	39	39	29611	4266	4	31	13	27	60	29	1	43	2	27	1	47	23	9	10	10	—	—	—	2460	6	774	7	—	—	—	—	82	—	7940	26,8	28,4	
Bremen	31	31	15561	2331	16	18	21	92	62	2	1	9	—	—	—	32	24	3	9	4	1	—	—	2585	7	945	—	—	—	—	46	—	5692	36,6	36,4		
Hamburg	54	54	33850	3961	2	34	68	374	250	170	11	163	1	—	1	106	79	31	28	12	45	—	—	838	—	219	—	—	—	—	—	42	—	2191	26,3	28,2	
Rostock	60	60	8344	1032	3	5	—	—	—	4	6	10	23	—	1	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Dresden	32	32	69488	15321	25	125	237	144	155	367	106	513	3	—	27	34	85	33	6	49	—	—	—	14276	2	1003	—	—	—	—	—	4	740	24	33279	47,9	48,0
Nürnberg	29	29	18149	2564	42	18	12	29	493	25	8	27	—	—	—	5	23	4	—	—	—	—	—	—	3323	6	215	15	—	—	—	—	68	8	6935	38,2	41,2
München	33	33	16224	2147	9	29	22	11	43	17	8	27	—	—	11	9	15	3	2	4	11	—	—	—	1071	77	380	43	21	5	1	45	3	5779	35,6	35,2	
Stuttgart	14	14	10201	918	4	6	15	24	616	—	—	—	—	—	—	12	7	13	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Karlsruhe	11	11	16468	3904	24	76	96	118	593	31	2	3	—	—	29	—	28	27	2	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	594	594	481361	90376	409	988	1573	1989	5018	1034	393	2668	73	109	198	822	551	127	674	775	46	42	47	71116	971	14381	178	53	59	11	3284	56	197974	41,13	—		
Zuf. vorige Woche	594	594	482037	92419	392	997	1740	1929	5071	1249	398	2662	72	119	230	766	526	127	681	756	47	47	72343	1005	14641	164	38	62	12	3412	51	201956	—	41,90			

Die Arbeitslosigkeit ist nur sehr wenig zurückgegangen. Im Vergleich zum vorausgegangenen Berichtsmontat haben wir im Reichsdurchschnitt einen Rückgang von 45,16% auf 41,13%. Am 27. Mai 1929 betrug der Reichsdurchschnitt 11,53%. Wir haben also eine um fast 30% höhere Arbeitslosigkeit als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Am 29. Mai 1928 betrug der Reichsdurchschnitt nur 8,92% und am 30. Mai 1927 sogar nur 7,13%. In den einzelnen Bezirksverbänden ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. In Königsberg von 54,2 auf 46%, Danzig von 41,4 auf

28%, Stettin von 49,4 auf 38,2%, Breslau von 57,5 auf 50,5%, Berlin von 37,2 auf 34,3%, Erfurt von 53,0 auf 49,1%, Frankfurt von 51,9 auf 47,4%, Hannover von 30,6 auf 26,8%, Bremen von 41,0 auf 36,6%, Hamburg von 34,6 auf 29%, Rostock von 39,7 auf 26,3%, Dresden von 52,1 auf 47,9%, Nürnberg von 42,5 auf 38,2%, München von 36,8 auf 35,6%, Stuttgart von 36,0 auf 32,7%, Karlsruhe von 48,5 auf 48%. Den stärksten Rückgang haben Danzig mit 13,4% und die Bezirksverbände Stettin mit 11,2%, Königsberg mit 8,2% und Breslau mit 7%. Die geringste

Abnahme haben die Bezirksverbände München mit 1,2% und Karlsruhe mit 0,5%.

Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit haben die Bezirksverbände Dortmund mit 1,9%, Magdeburg mit 1% und Köln mit 0,6%. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern noch 42,2% (Vormonat 49%), bei den Bauhilfsarbeitern 48% (53), bei den Tiefbauarbeitern 40,3% (43,7) arbeitslos.

Leit das „Bauwerk“!

eine Führergarnitur der anderen folgte. In Solingen führte der Bruderkampf im eigenen kommunistischen Lager im Oktober vorigen Jahres im Gewerkschaftshaus zu einer regelrechten Schlacht, die dem Kampf der Nibelungen in der Egelburg an Gräßlichkeit um nichts nachstand. Charakteristisch und für die Bauarbeiter von besonderem Interesse ist, daß auch der bolschewistische Gewerkschaftspalter vom Niederrhein, Heinrich Bötschen, das Opfer seiner verfehlten „Gewerkschaftsstrategie“ geworden ist. Bötschen ist von der KPD seines Postens als gewerkschaftlicher Ressortleiter entlassen worden und wie man sagt, „in die Wüste geschickt worden.“ Die „linientreue“ Taktik hat also wiederum versagt. Die theoretische Formel der „linientreuen“ Gewerkschaftsstrategie ist bekannt. Ihre erste praktische Anwendung fand ihren Niederschlag in der Parole: „Die Unorganisierten sind bessere Klassenkämpfer als die Organisierten!“ Damit hatte sich die KPD den würdigsten Verbündeten im Kampf um die Zerschlagung der Gewerkschaften auserwählt. Die Unorganisierten sollten künftig bestimmen, welche Leitung in den freien Gewerkschaften als die „klassenbewußteste“ fungieren sollte. Der Reichskongress der Gewerkschaftsopposition, der am 30. November und 1. Dezember 1929 in Berlin tagte, wurde zum Parlament dieser „Klassenkampforganisation“ erhoben. Diesem Kongress folgten die Bezirks- und Unterbezirkkongresse. Die Zusammenfassung der „Klassenkampforganisation“ zeigt das wahre Gesicht der bolschewistischen Bewegung. Nach einem Bericht der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen vom 20. Januar waren auf dem „Bezirkkongress der Gewerkschaftsopposition vom Niederrhein“, der am 19. Januar 1930 in Düsseldorf tagte, von 558 anwesenden Delegierten 219 nicht gewerkschaftlich organisiert. — Da nun bei den deutschen Gewerkschaften in der Hauptsache das Klappern mit zum „revolutionären“ Handwerk gehört, mußten die Bolschewiken in der Hochburg Solingen ganz besonders geräuschvoll zu Werke gehen. Drei öffentliche Bauarbeiterversammlungen waren notwendig, um die Wahl der Delegierten zum „Reichskongress der Gewerkschaftsopposition in Berlin“ durchzuführen. Als Lokmittel für die Versammlungen benötigte man als Tagesordnung immer die Auflösung der Zahlstelle Düsseldorf des Zentralverbandes der Zimmerer. Der Bolschewist Hennig, der Hauptpalter dieser Zimmererzahlstelle, wurde als Referent geholt. Alles Geschehen der Bolschewiken vermittelte aber nicht die Solinger Bauarbeiter für dies Theater zu interessieren. Der Besuch der Versammlungen war mehr als schlecht. Die Höchstzahl der Versammlungsbesucher betrug 28; eine Versammlung, in der nur 14 Mann anwesend waren, wurde überhaupt nicht eröffnet. Diese Tatsachen brachten die bolschewistischen Gewerkschaftspalter in ohnmächtige Wut. Die Blütenlese des Schmutzartikels aus der Solinger „Bärenstimme“ vom 3. Dezember 1929 ist dafür der beste Beweis. — Wegen dieses Artikels hatte nun Kollege Richter gegen den verantwortlichen Redakteur Nohl Klage erhoben. Am 28. Mai wurde vor dem Amtsrichter verhandelt. Aus dem wilden „Revolutionär“ war ein recht zahmer Verteidiger einer schlechten Sache geworden. Die Zeugenaussagen, ganz besonders die des Hauptzeugen Robert Lang, Mitglied der kommunistischen Partei, ergaben einwandfrei, daß an den gemeinen Anwürfen kein wahres Wort war. Als letzte Entschuldigung für seine gemeine Handlungsweise glaubte Nohl darin eine Spitzeltätigkeit erblicken zu können, daß der Vorstand unserer Baugenossenschaft die öffentlichen Versammlungen der bolschewistischen Gewerkschaftspalter durch Vertrauensleute besichtigte. Vom Amtsgericht wurde ihm jedoch begreiflich gemacht, daß der Begriff Spitzel nicht begründet ist für eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, die in der „Bergischen Arbeiterstimme“ durch große Schlagzeilen einberufen wurde mit der Aufforderung, alle Bauarbeiter sollen an dieser Versammlung teilnehmen. Nach eingehender Beweisaufnahme wurde Nohl wegen Beleidigung zu 50 M Geldstrafe oder für je 10 M zu einem Tag Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde Nohl verurteilt, das Urteil in der „Bergischen Arbeiterstimme“, im „Solinger Volksblatt“ und im „Grundstein“ zu veröffentlichen. — In der Begründung führte der Richter aus, der gegen den Kläger erhobene Vorwurf sei nachweislich unwahr. Der fragliche Artikel hätte nicht allein dazu dienen sollen, die Rechte der Opposition zu verteidigen, sondern vielmehr den Kläger persönlich zu beleidigen. — So sieht das wahre Gesicht der „revolutionären Klassenkämpfer“ aus! Jeder Arbeiter muß sich mit Abscheu von den Leuten wenden, deren „revolutionäre Klassenkampfmittel“ Lüge und Verleumdung sind. Deshalb, Bauarbeiter, laßt euch nicht von den Phrasen dieser Leute betören. Steht fest zum Deutschen Baugewerksbund!

13. Januar 1930 abgehalten. — Beide Parteien hatten Vorlagen eingereicht. Uns kam es bei der Aufstellung unserer Vorlage darauf an, einen Ausgleich ungerechter Tarifpositionen herbeizuführen und offensichtlich schlechte Positionen aufzubessern sowie veraltete zu entfernen. Desgleichen forderten wir die Garantierung des Stundenlohnes bei Akkordarbeit. Die Vorlage der Unternehmer bestand in dem alten Tarifvertrag unter Hinzufügung von Verschlechterungen. Der Tarif sollte dann bis zum 1. März 1933 Gültigkeit haben. Die Verhandlungen gewannen dadurch an Schärfe, daß die Unternehmer jede Lohnerhöhung abzulehnen und die Abgabe einer Erklärung verlangten, auf jede Lohnerhöhung zu verzichten. Die Unternehmer erklärten, es handle sich lediglich darum, daß die Kommission einen Ausgleich des bestehenden Akkordtarifes in der Form vornehme, veraltete Positionen zu streichen, neue hinzuzufügen und andere in ihren Preisen auf Kosten anderer gehoben würden. Im ganzen müsse der neue Akkordtarif auf der Preisgrundlage des alten ausgeglichen werden, so, daß keine Lohnerhöhung herauskomme. Als Verhandlungsbasis müsse die Vorlage der Unternehmer genommen werden. Trotz stundenlangem Hin- und Herreden, wobei die Unternehmervertreter fortwährend mit dem Abbruch der Verhandlungen drohten und trotz unseres Vorschlages, die Lohnsätze durch kleine, von Sachleuten besetzte bezirkliche Kommissionen beraten zu lassen, ließen sie sich auf nichts ein. Die Sitzung mußte ergebnislos abgebrochen werden. — Die Unternehmer begründeten ihre Haltung mit der schlechten Wirtschaftslage, insbesondere des Baumarktes, der Konkurrenz anderer Heizsysteme, der Einfuhr billiger Auslandsware. Die Ungunst der Verhältnisse trug dazu bei, daß wir nicht unsere Forderungen und Wünsche geltend machen konnten. — Nun wandten sich die Unternehmer an das Arbeitsministerium mit dem Ersuchen, zuerst einmal jede Partei zu einer unverbindlichen Aussprache, zwecks Anknüpfung weiterer Verhandlungen, zu laden. — Diese Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß unser in der Sitzung am 13. Januar abgelehnter Vorschlag: „daß die Tarife von kleinen bezirklichen Kommissionen, die nur von Sachleuten besetzt, beraten werden sollen“, angenommen wurde. Den ausgearbeiteten Tarifen stimmten beide Parteien in den Kommissionen zu. Ihre endgültige Annahme hing aber davon ab, daß auch die noch ausstehenden Ver-

gekündigt werden. Vorstehender Schiedsspruch ist einstimmig gefällt worden und demzufolge entsprechend der von den Parteien abgegebenen Erklärungen für beide Teile rechtsverbindlich.

Allgemeine Rundschau

Louis Reichel 60 Jahre alt! Am 13. Juni vollendete Lud'n Reichel, langjähriger Funktionär der Baugewerkschaft Hamburg, sein 60. Lebensjahr. Lud'n Reichel, von Beruf Maurer, ist seit seinen frühesten Gesellenjahren ein wackerer Kämpfer und Streiter für die gewerkschaftliche Organisation, für die er mit vorbildlicher Pflückerfülle viele Jahre zunächst den ehrenamtlichen Posten eines Hauskassierers ausübte. Als später die Organisation erstarb und sich die Anstellung besoldeter Hauskassierer notwendig machte, war Lud'n Reichel einer der ersten, die für diesen Posten erwählt wurden. Auch diesen Posten hat er mit gewohnter Pünktlichkeit und mit stets heiterem Sinn ausgefüllt. Nun hat er es seit einigen Jahren — wie wir hoffen — etwas leichter; er braucht nicht täglich hunderte Treppenstufen steigen. Heute ist er in der Abfertigung der Baugewerkschaft Hamburg tätig. — Lud'n Reichel ist bei der Groß-Hamburger Bauarbeiterchaft ein allgemein beliebter Kollege. Zur Vollendung seines 60. Lebensjahres wünschen wir ihm allerbeste Gesundheit, damit er auch künftig im Dienste unseres Bundes den Interessen der Bauarbeiterchaft dienen kann.

„In den Mutterstich der Partei zurückgekehrt!“ Auf dem in der Pfingstwoche in Köln abgehaltenen 17. Bundesstag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wurde der seit 1919 im Bund bestehende kommunistische Spaltungsarbeit gezwungen war, die bisherige Neutralität aufzugeben. Unter stürmischem Beifall führte auf dem Eröffnungstag des Bundes Genosse Fritz Wildung aus: „Der Bund ist zurückgekehrt in den Mutterstich der Partei, aus dem er einst hervorgegangen ist.“ Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat die Befreiung von den kommunistischen Spaltern schwer genug erkauft. Heute ist der Bund eine so gut wie rein sozialdemokratische Organisation. Von 251 Teilnehmern des Bundesstages, davon 34 Frauen, gehörten 242 der Sozialdemokratischen Partei an. Nur 8 Delegierte waren politisch nicht organisiert. Je einer gehörte der kommunistischen Partei oder der kommunistischen Opposition an. Damit ist ein Kapitel kommunistischer Spaltungsarbeit in der Arbeiterbewegung abgeschlossen.

Minister Hirtfelder über die Wohnungszwangswirtschaft. Auf einer Tagung des Hauptverbandes der Baugenossenschaften sprach der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder über die Zukunft der Wohnungszwangswirtschaft und der Mieterchutz erst dann völlig befreit werden kann, wenn wir wieder einen Wohnungsmarkt haben, die Mieten der Alt- und Neubauwohnungen miteinander im Einklang und in ein gesundes Verhältnis zum Einkommen der breiten Massen gebracht werden können. Aber auch bei völliger Befreiung der Zwangswirtschaft wird ein schrankenloses Kündigungsrecht des Vermieters nicht mehr angängig sein. An Stelle der Zwangswirtschaft muß dann ein soziales Mietrecht treten, bei dem nicht ohne triftige Gründe die Miete gesteigert werden kann. Von 1924 bis 1929 ist ein Reichszugang von rund 1,4 Millionen Wohnungen festzustellen. Preußen hat in dieser Zeit 816 000 Wohnungen erbaut und dem Bauplatz 2,8 Milliarden Mark Hauszinssteuermittel zugeführt. Insgesamt wurden in Deutschland von 1924 bis 1926 11 bis 12 Milliarden für Wohnungsbauausgaben ausgegeben. Der achte Teil der Bevölkerung Deutschlands lebt vom Wohnungsbau. Im Frühjahr 1930 bestand noch ein Bedarf von mindestens 400 000 Wohnungen. Mit einer Befreiung der Wohnungsmangels ist nach Meinung des Ministers erst zwischen 1935 und 1940 zu rechnen. Bis dahin bilden die Erträge der Hauszinssteuer das Rückgrat der Wohnungsbaufinanzierung. Wenn der Minister zum Schluß seiner Rede sagte: „Geben Sie jedem Deutschen eine einwandfreie und gesunde Wohnung zu erschwinglichen Mieten und Zinssätzen!“ so muß er sich dessen bewußt sein, daß er am allermeisten zur Erreichung dieses Zieles beitragen kann.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundesstatuten vom Bundesvorstand: Willi Tiems, Maurer, Baugewerkschaft Berlin, geboren 13. August 1907 in Wilmerdorf, eingetretten 20. Februar 1925 (849 624); Wilhelm Brenker, Fliesenleger, Baugewerkschaft Duisburg, geboren 11. April 1880 in Maspe, eingetretten 26. September 1928 (669 945); Walter Zober, Maurer, Baugewerkschaft Eisleben, geboren 10. Januar 1910 in Eisleben, eingetretten 28. Januar 1928 (457 647); Adolf Strauß, Bauhilfsarbeiter, Baugewerkschaft Köln a. Rh., geboren 11. Januar 1902 in Welterzbach, eingetretten 3. August 1928 (590 641); Gerhard Haegeler, Bauhilfsarbeiter, Baugewerkschaft Leipzig, geboren 1. Juli 1897 in Leipzig, eingetretten 23. März 1925 (845 962); Georg Weber, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Kempen, Aügau, geboren 2. Juli 1890 in Kolbermoor, eingetretten 3. Mai 1926 (201 267); von der Baugewerkschaft Bielefeld: Heinrich Wecke, Fliesenleger, geboren 18. Januar 1896, eingetretten 10. November 1924 (232 387); Heinrich Meyer, Fliesenleger, geboren 6. Januar 1911, eingetretten 7. September 1927 (476 336).

Ohne Pflichten keine Rechte!

Für die Woche vom 15. bis 21. Juni ist der 25. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

handlungen über den Manteltarifvertrag zu gutem Ende geführt werden. Für diese Verhandlungen trat nunmehr das von den Unternehmern beim Reichsarbeitsministerium beantragte Schlichtungsverfahren in Kraft. — Verhandelt wurde vom 10. bis 12. April vor der Schlichtungskammer Berlin. Es kam uns darauf an, die vielen Verschlechterungen, die die Unternehmer dem Manteltarifvertrag zugebracht hatten, abzuwehren. In der Hauptsache bestanden die Verschlechterungen in der Einengung des Geltungsbereiches, daß Ferien erst nach Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres zugesprochen werden sollten; im übrigen darin, Positionen des Manteltarifvertrages zu unserem Nachteil umzumodeln. Nach dreitägiger Verhandlung ist es uns gelungen, die Verschlechterungen — bis auf eine — mit Erfolg abzuwehren. Diese eine Position ist die monatliche Entschädigung der Werkzeugzulage, deren Herabsetzung von 3 auf 1½ Stundenlöhnen wir hinnehmen mußten. Hiervon hing die Annahme der von den kleinen Kommissionen ausgearbeiteten Tarife ab, die sonst von den Unternehmern abgelehnt worden wären. Durch die Erklärung der Parteien, sich einem mit qualifizierter Mehrheit gefällten Schiedsspruch — der auch dann zustande kam — zu unterwerfen, wurde der Tarifstreit zum endgültigen Abschluß gebracht. — Wenn uns das Ergebnis auch nicht befriedigt, so muß es unsererseits angesichts der äußerst schlechten Wirtschaftslage, als das zu erreichende Mögliche hingenommen werden. Durch unsere gute Organisation waren wir in der Lage, die uns zugebrachten Verschlechterungen mit Erfolg abzuwehren. Der Manteltarifvertrag und die Tarife der Bezirke I und IV liegen in einem Heft vereinigt vor und werden den Fachgruppen durch die Bezirksleitungen, zur Abgabe an die Kollegen, zugesandt.

Magdeburg. (Eine freudige Ueberraschung.) In der Osterwoche haben die Fenster der Firma Zollweger & Sohn keinen Lohn bekommen. Da auch später der Lohn nicht gezahlt werden konnte, wurde über die Firma die Sperre verhängt. Lange Wochen haben die Kollegen auf den Lohn gewartet, einige hatten schon die Hoffnung aufgegeben, niemals noch etwas zu erhalten. Anfang Juni zahlte nun der Auftraggeber, entsprechend einem Pfändungs- und Ueberweisungsbeschuß, den Lohn, der auch gleich an die Kollegen abgesandt wurde. Der Briefträger wird freudige Gesichter gesehen haben, als er zu Pfingsten den schon Ostern fälligen Lohn ins Haus brachte. Für die Enttäuschung, die den Familien zu Ostern bereitet wurde, ist diese Freude ein kleiner Ersatz.

Bezirk Nürnberg. In dem Streit um die Neuregelung der Löhne mit dem Verein süddeutscher Kachelofenfabrikanten e. V. Bezirk Bayern ist am 2. Juni 1930 vom Landesrichter für Bayern, Zweigstelle Nürnberg, folgender Schiedsspruch gefällt worden: 1. Die vom 10. Mai 1929 an gültige Lohnsäge wird vom 11. Mai 1930 an wieder in Kraft gesetzt. 2. Diese Lohnregelung gilt bis auf weiteres. Sie kann von jeder Partei jeweils mit einer Frist von zwei Wochen, erstmalig jedoch zum 30. April 1931

Aus den Fachgruppen

Töpfer und Fliesenleger.

Ofenformer. Die Lohnbewegung in der Kachelofenindustrie der Bezirke Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, Ostmark, Freistaat Sachsen und Schleswig-Holstein ist am 12. April durch einen Schiedsspruch der Schlichterkammer Berlin beendet worden. Dem Schiedsspruch gingen hartnäckige und langwierige Verhandlungen voraus. Im Schiedsspruch vom 2. Mai 1929 war den Parteien aufgegeben worden, eine Verhandlungskommission einzusetzen, die spätestens im Oktober 1929 zu einer Neuaufstellung des Akkordtarifes zusammentreten sollte. Der neue Akkordtarif sollte dann am 1. Mai 1930 in Kraft treten. Die Kommission konnte umständehalber nicht in der Zeit zusammentreten. Die erste Sitzung wurde deshalb erst am

Erwerbslosen-Unterstützung im IV. Vierteljahr 1929.

Mitgliederzahl	Unterstützungsfälle		Gesamtzahl der Tage	Ausgezählter Betrag	Durchschnittlich je Fall		Unterstützungsfall trat ein im					Alter in Jahren					Unterstützungsdauer in Tagen							
	Anzahl	in %			Tage	%	Oktober	November	Dezember	bis					bis									
										20	30	40	50	60	6	7	13	10	25	31	37	43		
489 885	15 876	3,24	383 388	648 898	01	24,15	40,87	4 349	5 206	6 321	955	3938	3654	3319	2991	1019	1867	2849	2406	1953	1561	1193	1254	2793
	82 800	16,90	2 252 414	3 263 840	24	27,20	39,42	6 462	18 193	58 145	7956	24847	18077	15556	12710	3654	7359	11495	11040	10633	9559	7861	7184	17669

A. Kranken-Unterstützung.

B. Arbeitslosen-Unterstützung.

Aufgehoben wurden die Ausschüsse der Kollegen Friedrich Häfner, Maurer, Baugewerkschaft Frankfurt a. M., geboren 14. Oktober 1886 in Langensfeld, eingetreten 19. Juli 1926 (130 160) und Friedrich Mankel, Maurer, Baugewerkschaft Frankfurt a. M., geboren 19. Januar 1906 in Langensfeld, eingetreten 13. September 1926 (133 045), die im „Grundstein“ Nr. 11, Seite 107, vom 15. März 1930 veröffentlicht wurden.

Verlorengegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 216 484 des Kollegen Otto Weese, geboren 17. März 1909 zu Caputh, eingetreten 1. Oktober 1925 zu Caputh; ferner das Mitgliedsbuch Nr. 425 077 und die Reisekarte Nr. 1795 des Kollegen Walter Koch, geboren 1. Dezember 1911 zu Loofe, eingetreten 27. Mai 1927 in Kiel, auf dem Wege von Hamm (Westf.) nach Bielefeld. Sollte beides gefunden und abgegeben werden, so ist es dem Bundesvorstand zuzusenden. Verlorengegangen ist außerdem das Mitgliedsbuch Nr. 013 161 des Kollegen Peter Kröble, der sich auf Wanderschaft befindet, auf dem Wege von Eisenach nach Berlin.

Vom 6. bis 12. Juni haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Angermünde 200, Alföld 340, Anklam 100, Aschersleben 400, Annaberg 600, Aschaffenburg 470, Amberg 200, Bamberg 1500, Bargaheide 552, Bernburg 500, Barnstorf 250, Buer 150, Bockwitz 400, Burg b. M. 1000, Bielefeld 3000, Berlin 20 000, Bergen 300, Bückow 200, Celle 500, Caputh 120, Corbach 500, Crivitz 100, Demmin 290, Detmold 1000, Doberan 200, Emden 4000, Frankenstein 184,35, Frankenhäusen 150, Grünberg 700, Guben 600, Gnoien 150, Gollnow 300, Goslar 1000, Glauchau 1800, Gandersheim 275, Gußkow 200, Greifswald 250, Gadebusch 161,20, Goldberg 151,50, Herford 1000, Heide 200, Halle 750, Horst 250, Hersfeld 200, Hammerstein 100, Konstanz 600, Kaiserslautern 2000, Küstrin 500, Kalkberg 1500, Kulmbach 900, Königsberg 5000, Landsberg a. W. 900, Lychen 270, Limburg 500, Lyck 14,50, Lüdenscheid 500, Loitz 138,70, Laage 100, Laskowitz 80, Müncheberg 90, Mittweida 2000, Mühlheim 19,70, Mühlhausen 300, Naugard 250,25, Northeim 18,55, Nordhausen 800, Nowawes 700, Neuruppin 400, Neubrandenburg 220, Neustettin 200, Naumburg 150, Oldenburg, Holtz 500, Oschatz 720, Ohlau 400, Pirna 963,50, Peifferswitz 100, Prenzlau 480, Plathe 147,20, Quickborn 100, Rabel 120, Riesa 11,70, Raßberg 200, Schneidemühl 400, Schleswig 650, Stendal 1400, Stralsund 300, Saarmund 600, Schlei 300, Stolp 1000, Sachwitz 1000, Soltau 500, Sagard 250, Schivelbein 200, Sagan 180, Sternberg i. N. 118,50, Trepfow, Rega 500, Utm 1000, Wismar 440, Wilhelmshaven 611,50, Walsrode 240, Warin 100, Ziegenrück 100, Zwickau 2000, Zeitz 1200.

Kalender: Barnstorf 1,20, Chemnitz 0,60, Schlei 48. Buchhüllen: Mergentheim 4,50, München 150, Sachwitz 15, Schlei 37,50. Markenmappen: Schlei 150. Verschiedene Schriften: Goldberg 1, Herford 11,50, Northeim 6, Schlei 6,60. Bundesnadeln: Barnstorf 2,50, Frankenhäusen 18,90, Sachwitz 12,50, Schlei 17,65, Staßfurt 8,75.

Grundsteineinbände: Bargaheide 4, Walsrode 2. Bauabend: Breg 3, Chemnitz 10,60, Hamburg 60, Saalfeld 4,60, Sagan 12,50, Schlei 0,50, Walsrode 1,40. Der Bundesvorstand.

Gedentafel verstorbenen Mitglieder.
Breslau. Ernst Ulbrich, Maurer, 58 Jahre alt.
Chemnitz. (Oberhermersdorf.) Br. Beier, Hilfsarb., 29 J.
Danzig. Friedrich Freitag, Hilfsarb., 62 Jahre alt.
Kasimir Sobkiewicz, Stukfatur, 48 Jahre alt.
Darmstadt. Philipp Benz, Hilfsarb., 51 Jahre alt.
Dresden. (Loschwitz.) Wilhelm Däbritz, Hilfsarb., 50 J.
Johann Nerretzig, Hilfsarbeiter, 79 Jahre alt.
Wilhelm Verdh, Töpfer, 69 Jahre alt.
(Coffeabaude.) Franz Dreßler, Maurer, 59 Jahre alt.
Freimadon. Adolf Michel, Scheibenarb., 74 Jahre alt.
Gleiwitz. (Bauerwitz, Kr. Leobschütz.) Karl Krautwurst, Maurer, 48 Jahre alt.
Hannover. Rudolf Gärtner, Hilfsarb., 61 Jahre alt.
Köslin. (Kolberg.) Max Linowski, Maurer, 45 Jahre.
Krefeld. Heinrich Inger, Stukfatur, 57 Jahre alt.
Leipzig. Max Fleischer, Maurer, 67 Jahre alt.
Gustav Landgraf, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt.
Karl Schmidt, Maurer, 71 Jahre alt.
(Sittel.) Oskar Geilert, Hilfsarbeiter, 27 Jahre.
Mannheim. (Oppau.) Otto Jakob, Maurer, 55 Jahre alt.
München. (Sekt d. Töpfer.) Franz Gammel, T., 70 J.
(Nymphenburg.) Karl Erhardt, Hilfsarbeiter, 67 J.
(Schwabing-West.) Alois Gabauer, Maurer, 49 J.
(Innere Stadt.) Jakob Höner, Hilfsarb., 30 J.
(Haidhausen.) Martin Holger, Einfschaler, 77 J.
(Nt.) Georg Pfuff, Hilfsarbeiter, 68 Jahre alt.
Nürnberg. Johann Gömmel, Hilfsarbeiter, 40 Jahre.
Konrad Hippler, Maurer, 64 Jahre alt.
Martin Lindner, Steinhauer, 63 Jahre alt.
Johann Schmidbauer, Hilfsarbeiter, 59 Jahre alt.
Georg Steinrecker, Erdarbeiter, 57 Jahre alt.
Martin Wanning, Töpfer, 64 Jahre alt.
(Fürth.) Adam Hendl, Fliesenleger, 61 Jahre alt.
Querfurt. Reinhold Weilepp, Maurer, 75 Jahre alt.
Regensburg. (Mintraching.) Joh. Eisenmann, S., 50 J.
Sonneberg. Karl Rehban, Maurer, 81 Jahre alt.
Velken. Eduard Nowack, Dfenormer, 65 Jahre alt.
Wiesbaden. Ludwig Ritter, Maurer, 55 Jahre alt.
Winfen/Luhe. Wilhelm Otto, Maurer, 37 Jahre alt.
August Rehmers, Maurer, 55 Jahre alt.
Wuppertal-Barmen. Walter Schmitz, Stukfat. 56 J.
Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Fulda. Unter Büro befindet sich vom 1. Juli an in der Böhmerstraße 17. **Jugendtag des Bezirksverbandes Bremen** am 19. und 20. Juli in Bremerhaven-Wesermünde. Die Mitglieder der Internormerze werden um Herberge von etwa 400 Freiквартиern für eine Nacht gebeten. Die Quartiere sind zu melden der Baugewerkschaft Bremerhaven, Reich 55.

Bücher u. Schriften

Die weiblichen Angestellten. Von Susanne Suhr. (Eine Umfrage des Zentralverbandes der Angestellten über die Arbeits- und Lebensverhältnisse.) 48 Seiten broschiert. Buchhandelspreis 1,40 M pro Stk. Verlag des BVA, Berlin SO 36, Dranienstr. 40/41. Die Broschüre enthält die Ergebnisse einer Umfrage, die der Zentralverband der Angestellten unter 6000 weiblichen Angestellten unternommen hat, um ein genaues Bild von den tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen dieser so wichtigen Gruppe der berufstätigen Frau zu gewinnen. Im Band reichen statistischen Material, illustriert durch zahlreiche Einzelbeispiele, werden Arbeitszeit und Einkommen, Schulzeit und Berufsausbildung, Stellung und Beruf und darauf aufbauend die Lebensverhältnisse untersucht, so daß ein unmittelbares lebendiges Bild von der Lage dieser namenlosen „Selbstnen des Alltags“ entsteht.
Die Frauennarbeit in der Metallindustrie. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Rüststr. 16. Preis der reich illustrierten, gut ausgestatteten, 208 Seiten umfassenden Broschüre 2,50 M, gebunden 3,20 M. Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor: Die Entwicklung und volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauennarbeit in der Metallindustrie. Der Umfang und die Art der Frauennarbeit in der Metallindustrie. Fließ- und Bandarbeit. Das Organisationsverhältnis der Arbeiterinnen in der Metallindustrie. Die Arbeitszeit und Entlohnung der Frauen in der Metallindustrie. Die gesellschaftlichen Schicksalungen und Unfallrisiko. Die Auswirkung der Frauennarbeit auf die Volkswirtschaft. Die Vertretung der Frauen in den Betriebsräten. — Wer sich mit der Frauenfrage beschäftigt, hat in dieser Broschüre eine wahre Fundgrube. Zahlreiche Originalaufnahmen ergänzen den Text.
Ethisch und materialistische Gesellschaftsauffassung. Von Karl Kautsky. Berlin, J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Berlin S 3. — Dies Buch, dessen erste Auflage 1906 erschien, wurde abgefaßt anlässlich einer Parteibildung über die materialistische Gesellschaftsauffassung, diese Grundlehre des Marxismus. Es bietet eine allgemeinverständliche, leicht faßliche Darstellung der wichtigsten Gedanken, von denen diese viel umstrittene Auffassung getragen wird. Sich mit ihr vertraut zu machen ist wichtig, denn angesichts der steigenden Bedeutung des Marxismus und der Sozialdemokratie muß sich besonders von ihren Anhängerern begriffen werden. — Der Verfasser führt in seinem großen zweibändigen Werk über die materialistische Gesellschaftsauffassung (Berlin, Dieck Nachf. 1927) nach den verschiedenen Richtungen hin verfolgt und aufs ausführlichste begründet hat. Wenn die Möglichkeit fehlt, das umfangreiche Werk durchzuarbeiten, wird in dem vorliegenden kleinen Buch einen populären Ersatz finden.
Der rote Hauslehrer. Ein Roman in Briefen von Ferdinand Faber. Berlin, J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 3 M. — In diesem Roman wird ein schwieriges Kapitel behandelt. Was wird aus der Liebe zweier Menschen, die einander klaffen sind? „Die Liebe überwindet alle Schranken“ lautet die betannte Goldschmidt-Sentenz. Sie tut es eben nicht; und warum sie es nicht tut und tun kann, legt Ferdinand Faber in diesem fesselhaften wie überaus genauen Briefroman dar. Die soziologische Romanistik wird hier um ihre ganze Reue bereichert: die Gesellschafts- und Klassenpsychologie, die Maßlinger in seiner Fabel entwickelt, ist auch in der neueren Romanliteratur noch wenig befruchtete Neuland. Ein junger sozialistischer Lehrer nimmt Stellung als Hauslehrer bei einem Industriellen, dessen Frau, von ihrem Mann vernachlässigt, sich in den jungen Idealisten verliebt. Auch sie findet Gegenliebe, muß aber zum Schluß erkennen, daß die Klassenhebung Schranken aufrichtigen vermag, an denen sich auch die Liebe die Flügel wunden und trant schlägt.
Wirtschafts-Informationen-Dienst. Schriftleitung Kurt Seing und Dr. Fr. Reinold. Monatlich 1 Heft. Vierteljahresabonnement 2 M., Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Der „W.I.-Dienst“ bringt ständig Querschnitte durch unser Wirtschaftsleben und ist eine beachtenswerte Quelle, sich fehlende Wirtschaftskennntnisse anzueignen.
Der Aufbau. Oesterreichische Monatshefte für Siedlung und Städtebau. Sonderheft Internationaler Wohnungs- und Städtebau. Wien 1926. Anzeigenverlag-Verlag Südost. Wien XI., Favoritenstraße 57. Preis 1,50 M.
Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Si.-Jatob-Strasse 36. Vierteljahresabonnement 3,60 M.

Ein Fallboot für 158.- Mk.
gegen Monatsraten von ca. 12.- Mk. Billiger, gesünder und schöner als mit Wandern auf Flüssen und Seen können Sie Ihr Wochenende und Ihren Urlaub nicht verbringen. Das zerlegte Sonnlandboot haben Sie im Rucksack überall bei sich. Im Sonnlandzelt übermachten Sie kostenlos. Verlangen Sie den illustrierten Gratisprospekt G/St
Sonnland-Fallbootbau, Rosenheim O 12

Wilhelm Pahr Maurer
kauf deine
Berlin, Brunnenstraße 78. R. Königaut Bln. NO 55, Weidenburger Str. 79

Offen Distanz
können Sie sich neben Ihrem Beruf emporarbeiten d. die Selbstunterrichtsbrieft des Systems Karnack-Hachfeld zum Bautechniker, Wasser- u. Brückenbautechniker, Zimmer-, Maurer-, Baugewerksmeister, Polier, Architekturzeichner, Straßenbautechniker, Kultur- u. Wiesenbautechniker; Techn. geb. Kaufmann der Baubranche. — Ferner Vorbereitung zu techn. Prüfungen in Elektrotechnik, Maschinenbau, Installation, Handwerk. Ohne Schule Vorbereitung zu Schulprüfungen (Obersekundäreife, Abiturienten-Examen) durch d. Selbstunterrichtsbrieft d. Methode Rustin. Begüme Monatszahlungen. Prospekt kostenlos. Lehrproben unverbindlich. **Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam B. 2.**

Billige böhm. Bettfedern!
1 Pfund graue, gute, geschlossene 80 Pl., 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße, flaumige, geschl. 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste, geschl. Halbflaum-Herrenschlafsedern 4,-, 5,-, 6,- Mk. + 1 Pfund Ruffiedern, ungeschl. mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75, weiße 2,40, 3,- Mk. allerfeinster Flaumruff 3,50 Mk., 4,50 Mk. Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preisl. gratis. S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26/33, Böhmen.

Lästiger Schweißgeruch
der sich besonders in den Achselhöhlen beim Tanz und Sport für die Umgebung unangenehm bemerkbar macht, verschwindet sofort durch **Leoform-Creme**. Diese Anti-Schweißcreme verhindert, ohne die Wäsche zu verändern und ohne den normalen Schweiß zu unterdrücken, übermäßiges Transpirieren und verbreitet einen herrlichen Rosenduft. Tube 1 Mk. — Zu haben in allen Apotheken, Drogerien bzw. Chlorodont-Verkaufsstellen.

Reklame - Angebot!
modernes Tourenrad mit Freilauf und Rücktritt, la rote Bereifung, elektr. Lampe, Pumpe, Glocke. 6 Jahre R.M. schritt. Garantie 65 bar. Freilauf-Tourenrad, rad, Ballon-Ausstattung und Ballon-Prima-Bereifung, elektr. Lampe, Glocke, Pumpe, Tragfähigkeit 85 R.M. 300 Pld., 6 Jahre schritt. Garantie 85 bar. Prackatal. üb. Fahrräder, Rahmen u. Zubeh., Sprechapparat, Platten etc. portofrei
Mein Schläger: rad, Ballon-Ausstattung und Ballon-Prima-Bereifung, elektr. Lampe, Glocke, Pumpe, Tragfähigkeit 85 R.M. 300 Pld., 6 Jahre schritt. Garantie 85 bar. Prackatal. üb. Fahrräder, Rahmen u. Zubeh., Sprechapparat, Platten etc. portofrei
19 RM Anzahlung
2,50 RM Abzahlung
Teilzahlung 4
W. Schlawe, Berlin B. Weinmeisterstr.

Billige böhm. Bettfedern
nur reine, gutfüllende. Sorten
Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiße 5 Mk., bessere 8 Mk., 7 Mk., daunenreich 9 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weiße ungeschl. 7,50 Mk., 9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. **Benedikt Sachsel, lobes Nr. 9** bei Pilsen, Böhmen.

EISU-Betten Schlafst.-, Kissen-, Polster-, Chaisel-, an jedem Teilteil. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)
Betten aus dichtem Bett-Intell!
Oberbett mit 7 Pfund 15,85 19,70 23,75
Unterbett mit 6 Pfund 14,90 18,20 22,50
1 Kissen mit 2 1/2 Pfund 4,50 5,90 6,90
Vollständiges Bett . . . 35,- 43,- 53,-
Bettfedern 1,25 1,90 2,40
Halbdaunen 3,- 4,50 5,50
Daunen 8,50 10,50 12,50
Preislist. grat. Umtausch od. Geld zur. Viele Dankscr. Nachnahmever. Bettenfabrik H. Möller, Kassel 43, Mönchebergstr. 8 1/2

Josef Witt, Weiden (Opt.)
Aeltestes u. größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands
mit eig. Spinnerei von 32.500 Spindeln, mit eig. Weberei von 640 Webstühlen
gibt kurze Zeit ab:
Nr. Preise per Meter Breite Mk. Pf.
85 Gardinen, sog. Vorhangstoff, a. pr. I. Garn., m. indanthren. goldfarb. Streifen . . . 70 cm 0.24
86 Weißes Hemdentuch, leichte Sorte m. Schnittkaute 70 cm 0.25
87 Weißes Hemdentuch, f. gute halbt. Wäschestücke . . 80 cm 0.45
88 Weißes Hemdentuch, mittelst. fäd., dicht geschl. vorzügl. Qualität für besond. solide gute Wäschestücke . . 80 cm 0.65
89 Weißes Maccotuch, s. feinfäd., dicht geschl., aus gar. rein ägypt. Baumwolle für bes. feine bessere Hemden und Wäschestücke . . 80 cm 0.72
90 Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwüsl. i. Gebrauch 78 cm 0.49
91 Hemdenflanell, indanthrenfarb., gestreift, gute, besond. reiffeste Sorte . . . 72 cm 0.38

Louis Mosberg, Bielefeld 1866 - 1928
Verlangen Sie in der Welt bewährte Bekleidung
bewährte Bekleidung
Jahresdopp. (Baumholzwasserwaagen, Kellern. mit der Wasserwaage
MAURER Hosen, pr. Qual. 6,50, 8,50, extra schwer 11,-, -Jacken, pr. Qual. 7,50, 9,50, extra stark 12,-, Socken 1,50, kleine Mützen 1,-, Pulzer- und Stulckalen-Jacken 5,-, 5,50, Wasserdichte Arbeitsjacken 20,-, wollene Unterjacken 9,- klein, 10,- groß. Versand gegen Nachnahme. Eigene Fabrikation.
Spezialhaus für Bekleidung **Adolf Wecker**, Berlin, Mühlendamm 3.

Schmale Teakholz-Wasserwaagen
Der Konkurrenzkampf beginnt. W. Richter ist u. bleibt der Billigste bei nur 1. Qualität.
Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 Mk.
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,30 Mk.
bei 4 Stck. an portof. bei 11 Stck. 1 Stck. grat. Sämtl. Werkzeuge gut u. billigst. **W. Richter**, Düsseldorf-Unterrath. Preisliste gratis.